

vorwärts

DIE ZEITUNG DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE ■ GEGRÜNDET 1876

SOZIAL. DIGITAL. KLIMA- NEUTRAL.

SPD-ZUKUNFTSPROGRAMM

DER PLAN
FÜR EIN BESSERES
LEBEN

vorwärts
**LIEBER DIGITAL
LESEN**

**Empfehl unser
E-Paper weiter!**
Anmeldung:
spd.de/vorwaerts-epaper

**DANKE an mehr als
80.000
Abonnenten!**

**Mit dem vorwärts-E-Paper bist du schneller informiert,
profitierst von Bonus-Inhalten
und hilfst, Geld und Papier zu sparen.**

*Bei Fragen oder Anregungen
schreib uns an: epaper@vorwaerts.de*

THEMEN IN DIESEM HEFT



Gelungener Auftakt ins Superwahljahr 2021: SPD-Spitzenkandidaten Malu Dreyer, Olaf Scholz und Andreas Stoch (v.l.) S. 10/11

LIEBE LESERINNEN
UND LESER,

das Zukunftsprogramm, das neue Regierungsprogramm der SPD, liegt nach einem breit angelegten innerparteilichen Beteiligungsprozess vor. Am 9. Mai wird es auf dem digitalen Bundesparteitag beschlossen. Die Partei macht darin deutlich, dass sie die Anforderungen an eine gute Zukunft unseres Landes erkannt hat und viel Geld in die Hand nehmen will, um diesen gerecht zu werden. Das gilt für die Digitalisierung genauso wie für die sozial-ökologische Wende oder für einen deutlich höheren Mindestlohn. Dazu gehört aber auch eine Steuerpolitik, die das Gros der Steuerzahler entlastet sowie Steuerhinterziehung und Steuerbetrug einen Riegel verschieben will.

Damit bewegt sich das Programm klar auf der Linie von Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Er setzt sich dafür ein, dass Deutschland und Europa nach der Corona-Krise wirtschaftlich wieder gut auf die Beine kommen, dass die Konjunktur sich erholt, der Konsum angekurbelt wird und arbeitslos gewordene Menschen wieder eine ordentliche Beschäftigung finden.

Die von der Union angestrebte, massive Sparpolitik und das Schielen auf die schwarze Null dagegen sind Gift für den Aufschwung nach der Krise. Das wäre ein wenig so, als ob ein mittelständisches Unternehmen das Geld lieber auf der Bank hortet, anstatt in Zukunftstechnologien zu investieren, um auf dem Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Aber CDU/CSU zeigen mit ihren diversen Korruptionsfällen derzeit ja leider wieder einmal, dass ihre (ehemaligen) Volksvertreter nicht zwingend mit Geld umgehen können. Aber das nur am Rande.

Die SPD jedenfalls hat einen Plan für die Zukunft und weiß, worauf es ankommt. ■

Bleiben Sie gesund!

Herzlich, Ihre

Karin Nink
Chefredakteurin

TITEL

4 »DIE SCHWARZE NULL IST PASSÉ«

Interview mit den beiden SPD-Vorsitzenden

6 EINE FRAGE DES RESPEKTS – Die Ziele der SPD in der Arbeits- und Sozialpolitik

7 DIE NÄCHSTE REVOLUTION – So will die Partei die Digitalisierung in Deutschland vorantreiben

8 AUF DEM WEG ZUM GRÜNEN STAHL – Wie die deutsche Industrie klimaneutral werden soll

9 EIN KONZEPT FÜR FAIRE STEUERSENKUNGEN
Die sozialdemokratischen Steuerpläne

AKTUELL

10 EIN SIEG, DER DIE GANZE SPD BEFLÜGELT

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

11 KOMMT DIE AMPEL AUCH IN STUTTGART?

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg

350 GESICHTER EINER RELIGION

Aktion gegen rechts: «Meet a Jew»

PARTEI LEBEN!

13 DIE ROTEN BOTSCHAFTER – Das Engagement der SPD International in Corona-Zeiten

14 »DIE WAHL WIRD IM NETZ ENTSCIEDEN«

Interview mit SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil

WAHLKAMPF NACH MASS

So plant die SPD den Bundestagswahlkampf

16 EIN OLYMPIASIEGER WILL IN DEN BUNDESTAG

Der SPD-Kandidat Frank Ullrich im Porträt

18 RALLYE DURCH DAS ROTE NEST IM TAUNUS

Porträt des Ortsvereins Schwalbach

WIRTSCHAFT

22 STANDORTVORTEIL GERECHTIGKEIT – Die wirtschaftspolitischen Ziele des Zukunftsprogramms

KULTUR

23 ES GING STETS UM GLEICHHEIT

1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

REZENSIONEN – Die neuen Bücher von Kirsten Boie und Christa Randzio-Plath

HISTORIE

24 MITTEN IM PULSIERENDEN LEBEN BERLINS

25 Jahre Willy-Brandt-Haus

25 WER WAR'S? – Historisches Bilderrätsel

KOLUMNEN

20 GLOBAL GEDACHT – Rafael Seligmann

21 UNSER EUROPA – Kay Walter

26 DAS ALLERLETZTE – Martin Kaysh



Einzigartige Architektur: 25 Jahre Willy-Brandt-Haus S. 24

12 BUNDESTAGSFRAKTION

19 LESERBRIEFE | 20 IN KÜRZE

24 IMPRESSUM | 25 RÄTSELSEITE

Redaktionsschluss 26. März 2021

Die aktuelle vorwärts-Ausgabe 2/2021 mit EVT 3. April 2021 wird wegen der derzeitigen Corona-Lage und Ostern in einigen Bundesländern von der Post möglicherweise erst später ausgeliefert werden.

BONUS-INHALTE IM E-PAPER

Wie Ungleichheit die Wirtschaft bedroht

Video-Interview mit Volkswirt Sebastian Dullien

Warum ein Olympiasieger für die SPD in den Bundestag will

Video-Statement von Frank Ullrich



Siegertyp: Frank Ullrich kandidiert für die SPD



Die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans (l.) mit Kanzlerkandidat Olaf Scholz. „Es ist höchste Zeit, dass eine progressive und von einem Bundeskanzler Olaf Scholz geführte Regierung die großen Zukunftsaufgaben in die Hand nimmt“, sagt Esken.

»DIE SCHWARZE NULL IST PASSÉ«

BUNDESTAGSWAHL Die Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans über die Grundideen des SPD-Zukunftsprogramms und die Frage, warum sich die Art und Weise des Regierens ändern muss

Interview Karin Nink und Kai Doering

ZUKUNFTS-PROGRAMM

Die SPD nennt ihr Wahlprogramm „Zukunftsprogramm“. Wie viel Symbolik steckt darin?

SASKIA ESKEN: Dass unser Programm Zukunftsprogramm heißt, ist weit mehr als nur ein Symbol. In diesem Titel steckt die Überzeugung: Es ist höchste Zeit, dass eine progressive und von einem Bundeskanzler Olaf Scholz sozialdemokratisch geführte Regierung die großen Zukunftsaufgaben in die Hand nimmt und ihre Herausforderungen gemeinsam mit der gesamten Gesellschaft gestaltet. Das gilt für den Kampf gegen den Klimawandel ebenso wie für die Digitalisierung oder die Mobilitätswende, aber auch für den Einsatz für

gute Arbeit und den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Entstanden ist das Programm vor allem im vergangenen Jahr unter den Eindrücken von Corona. Wie sehr hat das das Programm geprägt?

NORBERT WALTER-BORJANS: So eine Ausnahme-situation wie wir sie zurzeit erleben, prägt natürlich das Denken über die Zukunft. Viele der Herausforderungen in der Corona-Pandemie sind allerdings nicht erst im vorigen Jahr entstanden. Sie werden jetzt nur wie unter einem Brennglas spürbar. Sie verlangen aber umso drängender nach einer Lösung. Krisen bieten aber auch die Chance, Weichen neu zu stellen – etwa für

wirksamen Klimaschutz, den Einsatz neuer Techniken, Verbesserungen im Gesundheitswesen oder die Umstellung auf sichere und faire Lieferketten.

SASKIA ESKEN: Es ist doch völlig klar, dass so eine tiefgreifende Krise die Gesellschaft auch dauerhaft verändert. Dass man nichts mehr so richtig planen kann, das wird so manche Lebensentscheidung auch in Zukunft beeinflussen. Das gilt aber auch für die Art und Weise, wie wir Politik machen. Wir werden auch künftig mit sich verändernden Bedingungen umgehen müssen, müssen mehr als je zuvor über Ressortgrenzen und Ebenen hinweg effektiv und agil zusammenarbeiten.

Noch nie waren die Mitglieder so stark an der Entwicklung eines Wahlprogramms beteiligt. Welche Auswirkungen hatte das auf das Programm?

NORBERT WALTER-BORJANS: Wir hatten noch nie eine derart konstruktive Debatte über die Inhalte des Programms. Das lag an der frühen Einbindung vieler Gruppen. Wir haben in den diversen Formaten ja nicht nur mit den Mitgliedern gesprochen, sondern auch mit Umwelt- und Verbraucherverbänden, Gewerkschaften, der Wirtschaft und vielen anderen. Die große Zustimmung nach der Präsentation des Entwurfs spiegelt das wider. Wir haben uns nicht wie andere im stillen Kämmerlein etwas ausgedacht, sondern haben schon während der Arbeit viele Anregungen aufgenommen. Das merkt man in jeder Zeile. Dadurch wird das Programm auch deutlich erzählbarer – und weitererzählbar.

Was ist aus Ihrer Sicht die wesentlichste Aussage des „Zukunftsprogramms“?

SASKIA ESKEN: Wir haben verstanden, welche Bedeutung Respekt und Zusammenhalt in einer Gesellschaft haben, um in den bevorstehenden Veränderungen bestehen zu können, ebenso wie gleiche Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Gesellschaft muss Verschiedenheit als Bereicherung erleben und Ausgrenzung überwinden, und sie darf dennoch nicht in immer mehr Einzelteile zerfallen. Wir müssen uns als ein vielfältiges und dennoch gemeinsames Ganzes begreifen. Unser Zukunftsprogramm macht dafür gute Angebote.

Im Entwurf des Programms heißt es, die SPD wolle zur Finanzierung der Vorhaben alle „verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme“ nutzen. Ist das ein Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik weg von der schwarzen Null?



Mit einer schwarzen Null sind die vor uns liegenden Aufgaben nicht zu erledigen. «

Norbert Walter-Borjans



NORBERT WALTER-BORJANS: Der Paradigmenwechsel ist ein anderer. Früher stand die schwarze Null am Anfang und legte fest, was möglich ist. Jetzt stellen wir an den Anfang, was für die Zukunft dieses Landes unabdingbar nötig ist – von der Digitalisierung, über die Mobilität bis hin zur Klimaneutralität. Daraus ergibt sich der Finanzbedarf. Mit einer schwarzen Null sind die vor uns liegenden Aufgaben nicht zu erledigen. Die schwarze Null ist passé – zu Recht, weil der Verzicht auf Investitionen uns viel teurer käme als ein Kredit, der sich in der Zukunft vielfach auszahlt. Eine finanzielle Vollbremsung nach Corona wäre demgegenüber eine schwere Hypothek.

Dafür sollen Spitzenverdiener künftig mehr Einkommensteuer bezahlen, die Vermögensteuer soll wieder eingeführt, die Erbschaftsteuer reformiert werden: Setzt die SPD mit diesem Programm auf Umverteilung?

NORBERT WALTER-BORJANS: Unser Zukunftsprogramm ist ein Steuerensenkungsprogramm. Den allergrößten Teil der Bürgerinnen und Bürger werden wir entlasten. Um die erwähnten Investitionen dennoch finanzieren zu können, setzen wir auf drei Quellen: Erstens werden wir Steuerumgehung und Steuerbetrug einen Riegel vorschieben. Zweitens werden wir für Zukunftsinvestitionen auch Kredite aufnehmen. Und drittens werden sich die drei bis fünf Prozent der größten Vermögen und Erbschaften stärker als bisher an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen müssen.

SASKIA ESKEN: Wenn die Verteilung von Vermögen, von Einkommen und auch von Chancen so ungleich ist wie in Deutschland, dann ist Umverteilung das Gebot der Stunde. Die Ungleichheit ist letztlich auch Gift für eine Volkswirtschaft wie unsere. Dazu gehört auch, dass wir als Staat nicht weiter Dumpinglöhne subventionieren. Stattdessen brauchen wir einen Mindestlohn, der zum Leben reicht und der im Alter für eine ordentliche Rente sorgt. Und wir brauchen mehr Tariflöhne. Der Staat muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb wollen wir ein Bundestariftreugesetz.

NORBERT WALTER-BORJANS: Manch einer fordert ja, dass wir auf Investitionen verzichten und den Sozialstaat abbauen, um die Corona-Kosten zu finanzieren. Das wäre wirklich eine massive Umverteilung – allerdings von unten nach oben. Das ist mit uns nicht zu machen.

Der Programmentwurf ist mit 50 Seiten deutlich kürzer als Programme für frühere Wahlen. Was sind die Vorteile eines kurzen Wahlprogramms?

SASKIA ESKEN: Wir haben uns bewusst entschieden, das Programm kurz und exemplarisch zu halten. Es geht um die langen Linien, um eine Haltung, nicht um Vollständigkeit. Dafür haben wir das

DAS SPD-ZUKUNFTSPROGRAMM IN ZAHLEN

15 Mio.

PKW sollen in Deutschland 2030 elektrisch fahren.

3,5 %

des Bruttoinlandsprodukts soll der Anteil gesamtstaatlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen.

12 Euro

soll der Mindestlohn ab 1. Januar 2022 betragen.

QUELLE: SPD-ZUKUNFTSPROGRAMM



OLAF SCHOLZ

Bundesfinanzminister & SPD-Kanzlerkandidat

VON RESPEKT GEPRÄGT

„Unser Programm formuliert den Anspruch, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Es beschreibt unsere Vorstellung von einer sozialdemokratischen Politik, die einen klaren Plan für die 2020er Jahre hat, die von Respekt geprägt ist und für ein starkes und souveränes Europa eintritt.“ ■



Die Ungleichheit ist letztlich Gift für eine Volkswirtschaft wie unsere. «

Saskia Esken

Zukunftsprogramm mit konkreten Beschlüssen der Partei und der Fraktion zu Sachthemen angereichert, etwa unserem Sozialstaatskonzept, das wir bereits auf dem Parteitag 2019 beschlossen haben. Das wird man auch bei der Präsentation des Programms merken.

Inwiefern?

SASKIA ESKEN: In früheren Wahlkämpfen haben wir unser Programm gedruckt verteilt und eine PDF davon ins Internet gestellt. Diesmal werden wir ein richtig digitalisiertes Programm haben, in das man eintauchen kann. Dafür entwickeln wir gerade eine Matrix, sodass jeder auf Anhieb das findet, was ihn an unserem Programm am meisten interessiert und was für ihn relevant ist – egal, wo es in der gedruckten Version steht.

Welche Punkte des Programms sollte jeder Wahlkämpfer auf Anhieb erklären können?

Norbert Walter-Borjans: Wir alle müssen überzeugend erklären, dass die SPD Klimaschutz und Arbeitsplätze der Zukunft miteinander verbindet und nicht eindimensional für ein Thema steht. Wir sorgen dafür, dass Klimaschutz den Erfindergeist beflügelt. Neue Technologien bieten Chancen für fair entlohnte, gute Arbeit und exportfähige Produkte, die den Klimawandel weltweit stoppen helfen. Das gelingt umso besser, je stärker Deutschland im europäischen Verbund handelt.

SASKIA ESKEN: Die SPD will den Menschen die Zuversicht geben, dass wir die Zukunft gemeinsam in die Hand nehmen und dass jeder und jede darin ein gutes Leben selbstbestimmt gestalten kann. Wenn wir die bevorstehenden Veränderungen meistern wollen, dann müssen wir zusammenhalten. Und dafür braucht es die SPD. ■

EINE FRAGE DES RESPEKTS

ARBEIT Wenig Wertschätzung und schlechte Bezahlung sind in vielen Berufen noch immer an der Tagesordnung. Die SPD will das ändern

Von Kai Doering



Paketboten sind zurzeit besonders gefragt. Die SPD will, dass sie auch besser bezahlt werden.

Als die Mindestlohnkommission im vergangenen Juni ihre Vorschläge vorlegte, war Olaf Könemann tief enttäuscht. „Ich hatte ja gehofft und eigentlich auch erwartet, dass sie ihr Verfahren ändert“, sagt Könemann, der für DHL in Hamburg Pakete ausliefert. Seit Einführung des Mindestlohns zum 1. Januar 2015 entscheidet die unabhängige Kommission, die aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, „welche Mindestlohnhöhe einen angemessenen Mindestschutz für die Beschäftigten bietet, faire Wettbewerbsbedingungen ermöglicht und die Beschäftigung nicht gefährdet“, wie es in der Aufgabenbeschreibung heißt. Im Juni entschied sie, dass der Mindestlohn in vier Schritten bis Juli 2022 auf 10,45 Euro erhöht wird. Seit 1. Januar beträgt er 9,50 Euro.

Aus Sicht von Olaf Könemann ist das viel zu wenig. Bereits 2019 hatte er eine Petition gestartet, deren Ziel es war, dass der gesetzliche Mindestlohn zum 1. Januar 2021 auf 12 Euro steigt. 95.000

Unterschriften übergab Könemann auf dem Bundesparteitag den frisch gewählten SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Doch deren Einfluss ist in dieser Frage sehr begrenzt. Die Mindestlohnkommission arbeitet von der Politik unabhängig. „Ich denke, wenn wir uns auf einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro ab 2022 verständigen würden, wäre eine Menge gewonnen“, sagt Könemann deshalb jetzt.

Lücke zwischen Wert und Lohn

Dass sich eben diese Forderung im „Zukunftsprogramm“ der SPD für die Bundestagswahl findet und Kanzlerkandidat Olaf Scholz und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil im März in einem Eckpunktepapier das Ziel formulierten, der Mindestlohn müsse 2022 „auf mindestens 12 Euro ansteigen“, findet Könemann daher „revolutionär“. Den Vorstoß sieht der Paketbote auch als „ein Ergebnis der Enttäuschung vieler von den Vorschlägen der Mindestlohnkommission“.

ZUKUNFTS-PROGRAMM



OLAF KÖNEMANN

Paketzusteller in Hamburg & ver.di-Mitglied

REVOLUTIONÄRE FORDERUNG

„Die Forderung nach einem Mindestlohn von mindestens zwölf Euro ab dem kommenden Jahr ist aus meiner Sicht revolutionär. Auch die Verbindung mit einem Tariftreugesetz ist genau der richtige Ansatz. Mit der CDU wird man das aber nicht umsetzen können.“ ■

LÖHNE UND TARIFE

1,4 Mio.

Menschen erhalten zurzeit in Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Frauen.

45 %

aller Betriebe in Ostdeutschland haben einen Tarifvertrag, ein Rückgang um 18 Punkte seit 1998.

QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums arbeitet jeder vierte Beschäftigte in Deutschland derzeit für weniger als 12 Euro in der Stunde. Im Jahr 2018 wurden rund acht Millionen Jobs unterhalb der Niedriglohnschwelle von 11,05 Euro brutto je Stunde entlohnt. So hat es das Statistische Bundesamt ermittelt. Aktuell gibt es demnach 1.421.000 Jobs die nach Mindestlohn bezahlt werden, 807.000 davon üben Frauen aus. Im vergangenen Jahr ist das besonders deutlich geworden. „Corona hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie groß bei manchen Berufsgruppen die Lücke zwischen Wert und Lohn ist“, heißt es daher im Entwurf für das SPD-Zukunftsprogramm.

Mehr Mitbestimmung

Besonders stark macht sich das in sozialen Dienstleistungsberufen wie der Kranken- und Altenpflege bemerkbar. Dass im März die Verhandlungen über einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in diesem Bereich an der katholischen Caritas scheiterten, sorgte daher bei vielen für Unverständnis und Entsetzen. Die SPD hat darauf reagiert. Zwar hält sie im Entwurf für das „Zukunftsprogramm“ am Ziel fest: „Wir wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege schnell verbessern.“ Doch will sie das nun nicht wie noch im ersten Entwurf über die Pflegemindestlohnkommission erreichen, sondern, indem gemeinsam mit kirchlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Weg gefunden wird, um das kirchliche Arbeitsrecht an das allgemeine Arbeits- und Tarifrecht anzupassen.

Zudem setzt die SPD auf einen weiteren Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. Diese soll künftig auch „auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform“ erweitert werden und ab einer geringeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelten. „Der Erfolg der Unternehmen wird von ihren Beschäftigten erarbeitet“, begründet die SPD das. Bei Themen wie Datenschutz, dem Einsatz neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz, Arbeitszeit und Beschäftigungssicherung sollen Betriebsräte künftig mehr Einfluss bekommen. „Wir werden den Kündigungsschutz für Betriebsrätinnen und Betriebsräte ausweiten und eine Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen“, verspricht die SPD.

Dass es die Sozialdemokraten mit dem Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ernst meinen, war im vergangenen Herbst zu beobachten. Nach Corona-Ausbrüchen in mehreren Schlachtbetrieben waren die zum Teil unmenschlichen Arbeits- und Unterbringungsbedingungen in der Branche in den Fokus gerückt. Bundesarbeitsminister

Hubertus Heil versprach „aufzuräumen“. Gegen den Widerstand von CDU und CSU brachte er das Arbeitsschutzkontrollgesetz auf den Weg, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat. In der Fleischindustrie sind seitdem Werkverträge und seit 1. April auch Zeitarbeit verboten. Zudem wird nun vorgeschrieben, wie die Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgestattet sein müssen. Die Kontrollen wurden verschärft, Bußgelder erhöht. „Wir schaffen Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“, sagt Hubertus Heil dazu.

Denselben Anspruch verfolgt die SPD auch bei Löhnen und Arbeitsbedingungen in anderen Branchen. Seit Jahren ist die Tarifbindung in Deutschland rückläufig. Galt 1998 noch für 76 Prozent der Beschäftigten in West-Deutschland ein Tarifvertrag, waren es 2019 gerade noch 53 Prozent – 23 Prozentpunkten weniger innerhalb von 20 Jahren. In Ostdeutschland betrug der Rückgang im selben Zeitraum 18 Punkte. Die Tarifbindung lag 2019 allerdings bei nur noch 45 Prozent, wie das Statistische Bundesamt ermittelt hat.

Tariftreue per Gesetz

Die Lösung könnte ein bundesweites Tariftreuegesetz sein, das dafür sorgt, dass öffentliche Aufträge des Bundes, der Länder sowie der Kommunen für Bau- und Dienstleistungen nur noch an Auftragnehmer vergeben werden dürfen, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Tarif bezahlen. Wo kein Tarifvertrag besteht, soll für öffentliche Aufträge ein bundesweit geltender Vergabemindestlohn in Höhe von 60 Prozent des Medianlohns eingeführt werden. So haben es Olaf Scholz und Hubertus Heil vorgeschlagen.

In 14 der 16 Bundesländer gibt es ein solches Gesetz bereits, allerdings mit zum Teil sehr unterschiedlichen Bedingungen. In Hamburg hat der SPD-geführte Senat vor gut einem Jahr entschieden, öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, die ihren Mitarbeitern mindestens zwölf Euro in der Stunde bezahlen. „Das war ein sehr wichtiges Signal, auch mit Blick auf die Tariftreue von Unternehmen“, sagt Olaf Könemann, der Paketbote, der die Petition für 12 Euro Mindestlohn gestartet hat.

Kein Wunder also, dass auch der DGB den Vorstoß für ein bundesweites Gesetz unterstützt. „Öffentliche Aufträge von Bund und Ländern sollten ausschließlich an Unternehmen gehen, die Tarifverträge anwenden“, sagt der Vorsitzende Reiner Hoffmann. „Ein Staat, der Aufträge an nicht tariftreue Betriebe vergibt, macht sich zum Komplizen beim Lohndumping.“ ■



Die Digitalisierung erleichtert den Menschen das Leben: Das „DIANA“-System der Bahn ermöglicht die digitale Diagnose von Weichen.

DIE NÄCHSTE REVOLUTION

DIGITALISIERUNG Schnelles Internet wird immer wichtiger. Die SPD will den Ausbau im ganzen Land massiv vorantreiben

Von Kai Doering



MICHAEL EBLING

VKU-Präsident & Mainzer Oberbürgermeister

WIR BRAUCHEN MEHR TEMPO

„Auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft brauchen wir mehr Tempo. Schnelles Internet ist entscheidend für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und gleichwertige Lebensverhältnisse. Deshalb müssen Glasfasernetze flächendeckend vorhanden sein.“ ■

Vor 580 Jahren fand in Mainz etwas statt, das die Welt verändern sollte: Johannes Gutenberg erfand den Buchdruck mit beweglichen Metall-Lettern. Bücher mussten fortan nicht mehr von Hand abgeschrieben, sondern konnten schneller, billiger und in größeren Mengen hergestellt werden. Gutenbergs Erfindung leitete eine Medienrevolution ein. Der Buchdruck öffnete vielen Menschen den Zugang zu Bildung.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts findet wieder eine Revolution statt: die Digitalisierung. „Schnelles Internet ist entscheidend für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und gleichwertige Lebensverhältnisse“, weiß der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling. Was beim Buchdruck die beweglichen Lettern waren, sind heute Internetleitungen. „Deshalb müssen Glasfasernetze flächendeckend vorhanden sein“, sagt Ebling. Er blickt nicht nur als Mainzer Stadtoberhaupt auf die Digitalisierung, sondern auch als Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU).

Für diese sei „Digitalisierung kein Selbstzweck“, sondern „ein nützliches

Werkzeug“, betont Ebling. Es gehe darum, die digitalen Möglichkeiten zu nutzen, um das Leben der Menschen in Stadt und Land zu verbessern. „Daher sind digitale Infrastruktur und digitale Lösungen Teil moderner Daseinsvorsorge.“

Das sieht auch die SPD so. Im Entwurf ihres „Zukunftsprogramms“ gibt sie deshalb das Ziel aus: „In den 2020er Jahren muss Deutschland zur ‚Gigabit-Gesellschaft‘ werden.“ Nach Vorstellung der Sozialdemokraten soll Deutschland „2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügen“. Dazu gehören neben einer „voll digitalisierten Verwaltung“ ein Bildungssystem, „in dem für das Leben in einer digitalisierten Welt gelernt werden kann“. Haushalten und Unternehmen müsse eine Internetversorgung „mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantiert“ werden.

Das Internet kann Leben retten

Wie nötig schnelles Internet ist, weiß Christian Pegel ziemlich genau. „Gerade in einem so dünn besiedelten Flächenland wie unserem ist es besonders wichtig, die Digitalisierung voranzutreiben“, sagt der Verkehrs- und Digitalisierungsminister von Mecklenburg-Vorpommern. Gerade Menschen, die auf dem Land wohnen, könnten eine digitalisierte Verwaltung und schnelle Internetverbindungen „Wege und Zeit ersparen“. Über ein Serviceportal können die Menschen im Nordosten schon jetzt Verwaltungsdienstleistungen wie etwa das Beantragen von Ausweisen und Genehmigungen digital in Anspruch nehmen. Im Zweifel könne die Digitalisierung sogar Leben retten, wenn etwa bei einem Notfall auf dem Land die Rettungssanitäter bereits beim Eintreffen beim Patienten online Kontakt zu einem weiter entfernten Spezialklinikum aufnehmen, Befunde übermitteln und ärztliche Anweisungen erhalten könnten.

Doch auch wenn Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen Jahren bereits einiges unternommen hat, um Internetausbau und Digitalisierung im Land voranzutreiben – zum Ausbau des 5-G-Netzes wurde etwa eine landeseigene Gesellschaft gegründet, die die fehlenden Funkmasten in unterversorgten Gebieten errichtet – hofft Christian Pegel auch auf weitere Unterstützung aus Berlin. Neben der Ausweitung des Bundesförderprogramms für den Breitbandausbau wünscht sich der Minister, dass der Internetausbau als Infrastruktur verstanden wird, „die nicht nur marktgetrieben gebaut und ausgebaut“ wird. „Das geht nur schief, weil es dann eine starke Orientierung auf wirtschaftlich lukrative Bereiche gibt. Der ländliche Raum droht dabei auf der Strecke zu bleiben.“ ■



Die Stahlindustrie will ihren CO₂-Ausstoß massiv senken: Hier ein Mitarbeiter der Salzgitter AG vor aufgewickeltem Stahl. Kohle soll bei der Erzeugung von Stahl schrittweise durch Wasserstoff und Strom aus Erneuerbaren Energien ersetzt werden.

AUF DEM WEG ZUM GRÜNEN STAHL

KLIMANEUTRALITÄT Der ökologische Umbau der Stahlindustrie stellt Staat und Wirtschaft vor große Herausforderungen – und auch die Beschäftigten
Von Vera Rosigkeit

Rund 30 Milliarden Euro bis 2050. So beziffert Heiko Reese das Investitionsvolumen, „das wir brauchen, um CO₂-neutralen Stahl herzustellen. Damit könnten wir die Emissionen in der Stahlindustrie um 95 Prozent senken“, sagt der Stahlexperte der IG Metall.

Die Transformation zur Produktion von grünem Stahl hat längst begonnen: In Salzgitter wird derzeit die erste flexibel mit Wasserstoff zu betreibende Eisenerz-Direktreduktionsanlage errichtet. Vergangenen Dezember überreichte Bundesumweltministerin Svenja Schulze der Salzgitter AG für ihr Projekt Salcos den Förderbescheid aus dem Programm Dekarbonisierung der Industrie in Höhe von fünf Millionen Euro. Windkraftträder sowie eine Hochtemperatur-Elektrolyse, um Wasserstoff selbst zu erzeugen, sind am Standort bereits vorhanden. „Es tut sich was“, sagt Nils Knierim, Mitglied der Vertrauenskörperlleitung der Salzgitter Flachstahl GmbH. Zwar sei noch alles im Versuchsstadium, doch schon so ausgereift, dass man auch im größeren Stil etwas machen könne.

Doch dazu braucht es deutlich mehr Förderprogramme, erklärt Heiko Reese

den Weg zur Klimaneutralität: Rund 70 Prozent des Rohstahls, der in Deutschland produziert wird, werde in der sogenannten Hochofenroute hergestellt, die verbleibenden 30 Prozent im Elektrolichtbogenofen, in dem Schrott eingeschmolzen wird. Setze man bei letzterem Verfahren Strom aus Erneuerbaren Energien ein, sei diese Route bereits klimaneutral. Beim Hochofen sieht das anders aus, beschreibt Reese.

Wasserstoff statt Koks-kohle

Hier werde Eisenerz mit Hilfe von Koks reduziert. Wollte man das umstellen, müsse Koks-kohle künftig durch Wasserstoff ersetzt werden. Und um Eisenerz mit Wasserstoff zu reduzieren, müssen Hochofen durch sogenannte Direktreduktionsanlagen ersetzt werden. „Das macht einen hohen Anteil an Investitionskosten aus, die auf die Stahlindustrie zukommen.“ Hinzu kämen erhöhte operative Kosten durch den Einsatz von Wasserstoff. Der koste nämlich heute dreimal so viel wie Koks-kohle, so Reese. Auch da brauche man als Stahlunternehmen Unterstützung, auch wenn der Preis perspektivisch sinken werde. Den Investitionsbedarf in Salzgitter schätzt er auf rund fünf Milliarden



HEIKO REESE

Stahlexperte,
IG Metall Vorstand

GUTE ARBEIT FÜR DIE ZUKUNFT

„Die geplante Transformation mit dem Ziel einer klimaneutralen Industrie muss jetzt mit staatlicher Unterstützung massiv angegangen werden. Nur so können wir beides schaffen: Gute Arbeitsplätze mit hohen sozialen Standards erhalten und Klimaziele erreichen.“ ■

Euro. „Alle warten händeringend darauf, das die entsprechenden Förderprogramme aufgelegt werden, um mit der Transformation zu starten.“

Doch was macht die Transformationen mit den Menschen, was bedeutet sie für die Beschäftigung, und mit welchen Vorstellungen gehen die Gewerkschaften an diesen notwendigen Wandel? Diese Fragen sind Teil des Transformationsprojekts der IG Metall, das Betriebe, die durch Digitalisierung oder den Umbau ihrer industriellen Produktionslinie herausgefordert sind, begleitet. „Wir müssen uns fragen, was wir als Gewerkschaft fordern und welche Voraussetzungen wir haben müssen, damit es nicht nur schöne Zeichnungen gibt, sondern auch Produktionsanlagen, die so funktionieren, wie sie funktionieren sollen“, erklärt Knierim.

Industriestandorte erhalten

Einige Forderungen hat die IG Metall bereits benannt: zum Beispiel, dass auch die Grundstoffproduktion in Deutschland stattfinden soll. Denn es geht nicht nur um eine Transformation hin zur klimaneutralen Produktion, sondern auch um den Erhalt des Industriestandorts und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Für den Standort Salzgitter um rund 6.000 Beschäftigte, davon 5.650 als Stammebelegschaft und rund 360 Auszubildende, 91 pro Lehrjahr, berichtet Knierim. „Wir sind ein integriertes Hüttenwerk, wir machen von Erzvorbereitung bis zum Endprodukt alles auf einem Gelände“, fährt er fort. Das soll auch in Zukunft so bleiben. „Wo heute integrierte Hüttenwerke stehen, müssen in Zukunft die Anlagen stehen, die wir für eine CO₂-freie Stahlproduktion brauchen.“ Deshalb verunsicherte es die Kolleginnen und Kollegen im vergangenen Jahr sehr, als sie erfuhren, dass eine Machbarkeitsstudie in Wilhelmshaven vorgesehen hat, dort eine Direktreproduktionsanlage zu bauen, um den sogenannten Eisenschwamm zu produzieren, den man dann nach Salzgitter bringen könnte.

Überhaupt sei das große Ganze für viele Kolleginnen und Kollegen bisher noch nicht greifbar. Die Versuchsanlagen seien sichtbar, aber alles in kleinem Stil und abgegrenzt als eigenes Projekt – es sind kleine Schritte.

Natürlich müsse es in einem nächsten Schritt auch um die Qualifizierung der Beschäftigten gehen, das haben wir als Gewerkschaften auf dem Schirm, so Reese. Das mache aber erst Sinn, wenn die konkreten Investitionsbeschlüsse getroffen sind. Die bestehenden Förderprogrammen reichen dazu noch nicht aus, sind jedoch notwendig. „Die Förderung entscheidet darüber, ob die Transformation gelingt oder nicht“ erklärt er mit Verweis auf das Zukunftsprogramm

der SPD. Das beinhaltet, Schlüsselindustrien auf ihrem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen und „Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien“ zu machen – auch „für die Erzeugung klimafreundlichen Stahls“.

Es geht um Zehntausende Jobs

Alle Stahlstandorte in Deutschland hätten bereits Pläne, wann die Direktreduktionsanlagen errichtet werden sollen und warten auf die konkreten Förderbescheide dafür, so Reese. Insgesamt gehe es um 85.000 Beschäftigte. Und an jedem Arbeitsplatz hängen nochmal 6,5 weitere Arbeitsplätze in der weiterverarbeitenden Industrie.

Im Sommer 2020 hat die Bundesregierung ein Handlungskonzept Stahl vorgelegt, das derzeit in konkrete Maß-



»
Um das Klimaziel 2050 zu erreichen, müssen Investitionen jetzt getätigt werden.«

Nils Knierim,
Vertrauenskörperleiter Salzgitter Flachstahl

nahmen umgesetzt wird. „Das Konzept ist gut, die Umsetzung viel zu langsam. Hier muss viel mehr Geschwindigkeit aufgenommen werden“, so Reese weiter.

Um das Klimaziel bis 2050 zu erreichen, müssten die Investitionen jetzt getätigt werden. „Wir wissen, dass wir das machen wollen, reden aber nicht ob das Geld kommt und wann es dann richtig losgehen kann“, erklärt Knierim die aktuelle Situation. Genau da werde es den Kolleginnen und Kollegen und auch ihm manchmal mulmig, wenn es beispielsweise heißt, dass die Schuldenbremse nicht ausgesetzt werden könne. Was bedeutet das denn in der Konsequenz?, fragt er. „Die Schuldenbremse bremst ja nicht die Schulden, sondern die Investitionen.“ ■

ZUKUNFTS-PROGRAMM



BETTINA KOHLRAUSCH

Direktorin des WSI der
Hans-Böckler-Stiftung

BESSER FÜR FRAUEN

„Das Abschaffen des Ehegattensplittings ist sinnvoll, weil sich dadurch für viele Frauen die Erwerbstätigkeit nicht rechnet. Gut wäre, diese Fehlanreize auch für bestehende Ehen zu verringern, z. B. indem Leistungen wie das Kurzarbeitergeld und das Arbeitslosengeld an die Steuerklasse IV gekoppelt werden.“ ■

EIN KONZEPT FÜR FAIRE STEUERSENKUNGEN

FINANZEN Die SPD will Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug konsequent bekämpfen. Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung sollen die Steuern sinken

Von Vera Rosigkeit

Veränderung muss gestaltet werden, „sonst überrollt sie uns, zum Vorteil weniger und Nachteil vieler. Konservative Politik ist hierzu der falsche Ansatz“, erklärte Co-Parteichef Norbert Walter-Borjans Anfang März im Anschluss an eine Debatte zum Zukunftsprogramm im SPD-Parteivorstand. Darin geht es um eine Finanz- und Haushaltspolitik, die „die großen Zukunftsinvestitionen finanziert, so zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, ein klimaneutrales Wachstum ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt“. Um die steigende Konzentration von Vermögen auf einige Hochvermögende zu verhindern, wolle man gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug konsequent vorgehen, dabei gleichzeitig gute mittelständische und kleine Einkommen entlasten. Für SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz geht das nur „mit einem besser austarieren Steuertarif“, betont er. Der Spitzensteuersatz solle später greifen.

Steuerreform für die Mehrheit

„Es ist an der Zeit, endlich eine Steuerreform für die Mehrheit zu machen!“, fordert Walter-Borjans. Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung sei das von der SPD vorgelegte Steuerkonzept ein Steuersenkungskonzept, betont er.



Statt Ehegattensplitting: Die SPD setzt im Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit.

Die Gegenfinanzierung könne jedoch nicht darin bestehen, „dass wir den Sozialstaat abbauen oder auf Investitionen verzichten, sondern einen fairen Ausgleich in ganz oberen Regionen von Vermögen vornehmen“. Vielmehr müssten starke Schultern ein zumutbares Stück mehr tragen als schwache – mit einem höheren Einkommensteuersatz für die oberen fünf Prozent und einer Vermögen- und Erbschaftsteuer vom reichs-

ten Prozent dieser Gesellschaft. Konkret plant die SPD einen Zuschlag von drei Prozent auf die Einkommensteuer bei Einkommen höher als 500.000 Euro (Ehepaare) und 250.000 Euro (Singles). Die vor mehr als 20 Jahren ausgesetzte Vermögensteuer soll mit einem „maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen“ wieder in Kraft gesetzt werden. Und auch die Erbschaftsteuer, die in ihrer gegenwärtigen Form als ungerecht gilt, da sie vermögende Unternehmenserben bevorzugt, soll reformiert werden.

Per Gesetz gegen Steueroasen

Ebenfalls reformieren will die SPD das sogenannte Ehegattensplitting. Denn Nutznießer seien vor allem Alleinverdiener-Ehepaare mit hohen Einkommen, unabhängig von der Kinderzahl. Das Steuerrecht soll stärker auf Partnerschaftlichkeit ausgerichtet sein, für bereits bestehende Ehen soll es ein Wahlrecht geben. Die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern von Managerinnen und Managern soll begrenzt werden und künftig das 15-Fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten im Betrieb nicht übersteigen.

„Aktuell habe ich einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, um noch stärker gegen Steueroasen vorzugehen“, sagt Olaf Scholz. „Und international verfolge ich eine Reihe von Vorhaben wie die Besteuerung der Digitalkonzerne, die auch Steuern zahlen sollen in den Ländern, in denen sie große Gewinne machen, und die Einführung einer Mindestbesteuerung.“ Und auch die Besteuerung von Finanztransaktionen gehört dazu. Viele große Börsenplätze haben sie bereits, nur Deutschland nicht. Für Scholz ist klar: „Wir werden das auf alle Fälle machen.“ ■

SEHR HOHE VERMÖGEN

+ 1 %

Steuern auf sehr hohe Vermögen

+ 3 %

Steuern auf Einkommen höher als 500.000 Euro (Ehepaare) und 250.000 Euro (Singles)

QUELLE: SPD-ZUKUNFTSPROGRAMM

Mehr zum SPD-Programm
vorwaerts.de/
Zukunftsprogramm



Strahlende Wahlsiegerin: Ministerpräsidentin Malu Dreyer am Tag nach der Wahl im Berliner Willy-Brandt-Haus

EIN SIEG, DER DIE GANZE SPD BEFLÜGELT

RHEINLAND-PFALZ Nach dem Erfolg bei der Landtagswahl zeigt sich die SPD mit neuer Kraft und Zuversicht. Für Kanzlerkandidat Olaf Scholz ist klar: »Es gibt Mehrheiten diesseits der Union«

Von Lars Haferkamp

Die SPD gewöhnt sich wieder an Wahlerfolge. Nach dem Wahlsieg bei der Landtagswahl im Februar 2020 in Hamburg, nun im März 2021 der SPD-Sieg in Rheinland-Pfalz. In bester Stimmung überreicht da am Tag nach der Wahl SPD-Chef Norbert Walter-Borjans der Wahlsiegerin Malu Dreyer einen tiefroten Blumenstrauß. „Wir können gut in die Zukunft gucken“, sagt er dabei hochzufrieden. „Wir freuen uns riesig“, gratuliert auch SPD-Chefin Saskia Esken. Bereits am Wahlabend spricht sie von einem „Auftakt nach Maß in das Superwahljahr 2021“. Der Wahlsieg Dreyers sei ein „ganz ganz großartiges Vorzeichen auch für den Bundestagswahlkampf, für die SPD und für die Kanzlerschaft von Olaf Scholz“.

Erkennbar fröhlich zeigt sich nach der Wahl Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Viel ist da von seiner Kanzlerschaft und einer künftigen SPD-geführten Bundesregierung die Rede. „Es ist klar, es gibt Mehrheiten diesseits der Union“, konstatiert Scholz. „Es ist möglich, Deutschland zu regieren, ohne dass die CDU/CSU an der Regierung beteiligt“ sei. „Und

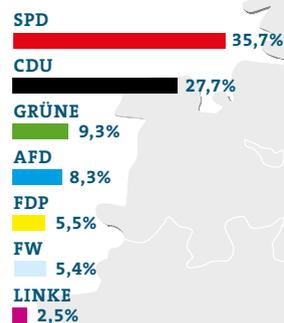
diese Botschaft, die sitzt jetzt fest. Jeder hat das genau verstanden.“

Wohl Neuaufgabe der Ampel – CDU bleibt in der Opposition

Nach dem vorläufigen Endergebnis wird die SPD in Rheinland-Pfalz mit 35,7 Prozent klar stärkste Partei. CDU und AfD erlitten starke Verluste. Die Linke scheiterte an der 5-Prozent-Hürde. Damit kann Ministerpräsidentin Malu Dreyer ihre Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP fortsetzen. Dreyer und die beteiligten Parteien hatten sich vor der Wahl offen für eine Fortführung des Regierungsbündnisses gezeigt. Nur neun Tage nach der Wahl haben nun die Koalitionsverhandlungen begonnen. Die CDU wird in der Opposition bleiben.

Die SPD regiert Rheinland-Pfalz seit rund 30 Jahren. Von 1991 bis 1994 unter Ministerpräsident Rudolf Scharping, von 1994 bis 2013 unter Ministerpräsident Kurt Beck. Malu Dreyer regiert Rheinland-Pfalz seit 2013. Das Land gilt als sozialdemokratische Hochburg, nachdem es von 1946 bis 1991 stets von der CDU regiert wurde.

WAHLERGEBNIS 2021



vorläufiges amtliches Endergebnis
(15. März 2021)



Für den SPD-Kanzlerkandidaten verleiht der Wahlsieg der SPD in Rheinland-Pfalz „der sozialdemokratischen Partei insgesamt Flügel“. Diesen „Aufwind“ wolle die Partei nutzen, damit „wir eine künftige Bundesregierung führen können und den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland stellen“. Dass dies möglich sei, „das ist gestern sichtbar geworden bei den Wahlen“, unterstreicht Scholz. „Der heitere, der fröhliche, der zuversichtliche Antritt“ der SPD habe im Südwesten geholfen und „er wird auch uns helfen“, so der Kanzlerkandidat mit Blick auf die Bundes-SPD. Angesprochen auf die aktuellen Umfrageergebnisse für die SPD auf Bundesebene, betont Scholz zuversichtlich: „Es gibt Bewegung.“

Malu Dreyer: »Es ist etliches in Bewegung«

Das sieht Ministerpräsidentin Malu Dreyer genauso. Sie verweist darauf, dass die Umfrageergebnisse für die rheinland-pfälzische SPD noch bis Ende Februar „festgefroren“ gewesen seien und zwar auf niedrigem Niveau hinter der CDU. „Es ist etliches in Bewegung“, so Dreyer. Die Bürgerinnen und Bürger entschieden sich erst kurz vor der Wahl für eine Partei. „Ich bin fest davon überzeugt: Mit der Aufstellung der Bundes-SPD, mit dem Kanzlerkandidaten, mit dem Programm werden wir es auch schaffen, bei der Bundestagswahl richtig Bewegung in die festgefrorenen Werte zu bringen“, zeigt sich Dreyer überzeugt.

Es sei deutlich wieder „Bewegung in die Sache reingekommen“, betont der Kanzlerkandidat mit Blick auf die Umsetzungschancen der sozialdemokratischen Zukunftspläne auf Bundesebene. Nun gehe es um die Zukunft, sagt Scholz. „Es geht darum, wie wir unser Land besser machen. Wie wir es sicherstellen, dass wir gute Arbeitsplätze auch noch in zehn, zwanzig, dreißig Jahren haben“, so Olaf Scholz. Es gehe darum, den Klimawandel aufzuhalten, den Respekt in der Gesellschaft zu stärken und ein souveränes Europa zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Grund für die gute Stimmung im Willy-Brandt-Haus sind die neuen Bündnisoptionen für die SPD, konkret eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Die SPD habe nun „gute Möglichkeiten und Optionen“, sagt Scholz. Dabei will der Kanzlerkandidat auf Nachfrage keine Präferenz erklären für eine Ampel-Koalition oder für Rot-Rot-Grün. Bei der Bundestagswahl gehe es darum „wen will man als Kanzler und welche Partei soll die künftige Regierung führen“, betont Scholz. Die Wählerinnen und Wähler würden bei der Bundestagswahl entscheiden zwischen einem „Weiter so“ oder einer „fortschrittlichen Regierung“. Scholz zeigt keine Zweifel, wie sie sich in dieser Frage entscheiden werden. ■

KOMMT DIE AMPEL AUCH IN STUTTGART?

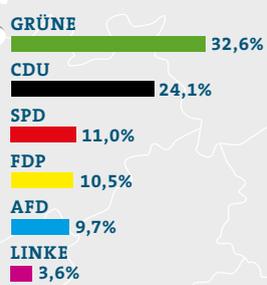
BADEN-WÜRTTEMBERG Die SPD hat bei der Landtagswahl den dritten Platz von der AfD zurückerobert – jetzt hofft sie auf eine Regierungsbeteiligung

Von Benedikt Dittrich

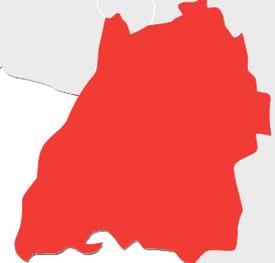
Ein Traumergebnis sind die elf Prozent nicht, die die SPD in Baden-Württemberg eingefahren hat. „Das kann natürlich nicht unser Anspruch sein“, erklärt Andreas Stoch in der Woche nach dem Wahlabend. Die Beliebtheit des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann sei in dem Bundesland aber ungebrochen gewesen, sagt der SPD-Spitzenkandidat. Das habe die Wahl stark beeinflusst, auch traditionelle SPD-Wählergruppen hätten den Grünen gewählt. Hinzu kommt: „Corona hat alle Themen überlagert. Aber wir haben uns Platz drei zurückerkämpft.“

Denn die größten Verluste musste die AfD im Südwesten hinnehmen, die jetzt nicht mehr zweistellig ist. Die Freude über die herben Verluste der Rechtspopulisten kann Stoch nicht verhehlen.

WAHLERGEBNIS 2021



vorläufiges amtliches Endergebnis
(15. März 2021)



Nun hofft der SPD-Chef – daraus hatte er auch im Wahlkampf keinen Hehl gemacht – auf eine Regierungsbeteiligung, angeführt von den Grünen, mit der SPD an zweiter und FDP an dritter Stelle. Zeitweise konnten die Sozialdemokraten am Wahlabend auf eine Neuaufgabe von Grün-Rot hoffen, doch am Ende fehlte die nötige Mehrheit knapp.

An der SPD soll's nicht scheitern

Bis Redaktionsschluss liefen in Stuttgart Sondierungsgespräche, über Inhalte wurde Stillschweigen vereinbart. Nur so viel: Die Gespräche fänden in angenehmer Atmosphäre statt, so Andreas Stoch gegenüber dem „vorwärts“. Als ehemaliger Bildungsminister kann Stoch auf das Vertrauensverhältnis zu Winfried Kretschmann verweisen. Außerdem sieht er mit Blick auf Klimaschutz, Arbeitsmarktpolitik und andere Themen auch inhaltlich große Schnittmengen.

Allerdings: „Die FDP war immer eine sehr scharfe Kritikerin“, stellt der Sozialdemokrat fest. In den vergangenen Monaten habe er da aber eine deutliche Veränderung wahrgenommen. Inzwischen sei es ein gutes Arbeitsverhältnis in der Opposition gewesen, sagt Stoch. Deswegen ist er guten Mutes, dass von



Rückkehr in die Landesregierung: Darauf hofft SPD-Landeschef Andreas Stoch.

Baden-Württemberg ein starkes Signal für die SPD im Bund ausgehen kann.

Eine mögliche Neuaufgabe von Schwarz-Grün in Stuttgart sieht er indes skeptisch. Abgesehen von einer mageren Regierungsbilanz vor Ort und trotz Rücktritts der CDU-Spitzenkandidatin nach der Wahl: „Es gibt in der CDU immer noch Menschen, die den Ministerpräsidenten den letzten Nerv gekostet haben“, so Stoch. „Die CDU ist im Fallen begriffen.“ ■

350 GESICHTER EINER RELIGION

»MEET A JEW« Das Projekt zeigt, wie vielfältig jüdisches Leben in Deutschland ist

Von Benedikt Dittrich

Ich lasse mich gerne löchern“, sagt Juna Grossmann und lacht. Grossmann ist Jüdin, man kann sie treffen, mit ihr über ihre Religion sprechen oder wie sie im Alltag koschere Lebensmittel findet. Man muss sie nur fragen. Möglich ist das im Projekt „Meet a Jew“, in dem sich rund 350 Jüdinnen und Juden als Gesprächspartner für Gruppen anbieten.

Bei den Treffen stellt Grossmann immer wieder fest: Das Wissen um die Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland und um die Religion insgesamt ist auch heute noch lückenhaft. Angefangen bei den Zusammenhängen zwischen Judentum und israelischer Staatsbürgerschaft über die Frage, wer wie Jude werden kann, bis hin zur religiösen Bedeutung der Matzen, der dünnen Brotfladen, die während des Pessach gegessen werden. Manche Fragen muss



Nicolas David Weckwerth und Rebecca Vaneeva gehören zu den Freiwilligen, die bei „Meet a Jew“ mit interessierten Gruppen über jüdisches Leben sprechen.

sie immer wieder beantworten, macht das aber gerne: „Bei mir gibt's keine böswilligen Fragen.“

Eines ist der Bloggerin und Museumsmitarbeiterin aber besonders wichtig: „Meet a Jew“ ist kein direktes Antisemitismus-Projekt. Es geht nicht vorrangig darum, Rassismus aktiv zu bekämpfen. Das Projekt des Zentralrats der Juden setzt viel früher an: bei Aufklärung und Neugierde. Denn Grundvoraussetzung für ein Treffen ist das Interesse an jüdischem Leben. Die Anfrage geht von den Gruppen selbst aus. „Aber wir können natürlich entscheiden, in welche Grup-

pen wir gehen wollen“, so Grossmann, die bei Treffen mit Schülerinnen und Schülern keinen Vortrag hält, sondern vor allem frei spricht, aber auch gern koschere Gummibärchen mitbringt.

Dennoch ist „Meet a Jew“ natürlich ein Projekt, das Antisemitismus vorbeugen kann. Denn wenn Jüdinnen und Juden von atheistisch bis orthodox über ihr Leben, ihre Religion sprechen, können Irrtümer und Klischees ausgeräumt werden. Auch die Vielfalt der Kultur wird sichtbar, da die Freiwilligen immer im Team zu den Treffen kommen. „Da entwickeln sich oft spannende Dialoge untereinander“, weiß Grossmann.

Wer mit ihr spricht, erfährt zum Beispiel, dass der Ruhetag Sabbat für sie ein „Faulenztag“ ist, eine gute Erinnerung, innezuhalten. Sie verzichtet an dem Tag auch bewusst auf alle digitalen Medien.

Begegnungen auch digital möglich

„Meet a Jew“ startete 2020, Grossmann war aber bereits bei Vorläufer-Projekten aktiv. Nach eigenen Angaben gab es vor der Pandemie mehr als 50 Anfragen monatlich, meist von Schulklassen und Vereinen. Auch derzeit sind Treffen möglich – allerdings nur digital. ■

Weitere Informationen gibt es unter www.meetajew.de

AKTIONEN GEGEN RECHTS



GEGEN HASS UND GEWALT Rechtsradikale bedrohen unsere Demokratie, immer unverholener und aggressiver. Wie man sich erfolgreich dagegen wehren kann, zeigen wir in dieser Serie.

AZUBIS IN DER PANDEMIE ABGESICHERT

Das Bundeskabinett hat die Verlängerung und Weiterentwicklung des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen. Dadurch werden die Fördermöglichkeiten wesentlich verbessert. So werden etwa die Ausbildungsprämien verdoppelt. Zukünftig wird es nicht nur einen Zuschuss zur Ausbildungsvergütung geben, sondern auch zur Ausbildervergütung. Auch können Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten (bisher 249) Förderung bekommen. „Unser Signal ist ganz deutlich: Wir kämpfen um jeden Ausbildungsplatz“, sagt SPD-Fraktionsvizein Katja Mast. „Weil wir alle zusammen davon nach der Krise profitieren werden. Und weil die Jugend unsere Zukunft ist.“ ■



Auszubildende: Sie leiden besonders unter den Folgen der Corona-Pandemie.



Große Belastung für Familien wegen Corona: Mutter im Homeoffice, Kinder im Homeschooling

Corona: neue Hilfen für Bedürftige, Familien und Künstler

Die SPD-Fraktion hat sich durchgesetzt: Der Bundestag hat neue, wichtige Unterstützung in der Pandemie beschlossen

Corona darf nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führen. Darauf hat die SPD-Bundestagsfraktion stets großen Wert gelegt. Deshalb hat sie dafür gesorgt, dass der Bundestag umfassende Hilfen verabschiedet hat. Und dafür, dass die Hilfen unbürokratisch und schnell zur Verfügung gestellt werden.

So werden Erwachsene, die existenzsichernde Leistungen beziehen im ersten Halbjahr 2021 pauschal einmalig einen

Corona-Zuschuss in Höhe von 150 Euro erhalten. Wer Leistungen aus der Grundversicherung erhält, wird darüber hinaus kostenfrei zehn FFP2-Schutzmasken bekommen.

Wie schon im Jahr 2020 wird es auch 2021 einen Kinderbonus geben. Dieser wird in Höhe von 150 Euro je Kind mit dem Kindergeld gezahlt. Der Kinderbonus kommt auch hilfebedürftigen Familien zugute, weil er bei Sozialleistungen nicht als

Einkommen berücksichtigt wird. Gleichzeitig wird es Kommunen für die Zeit der Pandemie weiter ermöglicht, gemeinschaftliches Mittagessen flexibel bereitzustellen – entstehende Mehrkosten werden getragen. Kinder aus hilfebedürftigen Familien, denen kein digitales Endgerät zur Verfügung steht, können dafür einen Zuschuss bis zu 350 Euro erhalten.

Bei (Solo-)Selbstständigen, Kulturschaffenden oder Menschen, die für geringe Löhne arbeiten, wird der vereinfachte Zugang zu den Grundsicherungssystemen bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Für Kulturschaffende stellt der Bund eine weitere Milliarde Euro bereit. Damit außerdem nicht pandemiebedingt ein bestehender Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung verloren geht, wird die jährliche Mindesteinkommensgrenze von 3.900 Euro auch für das Jahr 2021 ausgesetzt.

Um den weiteren Bestand sozialer Dienstleister und Einrichtungen zu sichern, hat die Bundesregierung einen Schutzschirm aufgespannt, der bis zum 31. Dezember 2021 verlängert wird – abhängig davon, ob weiter eine pandemische Lage vorliegt.

Für Restaurants und Cafés wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent bis 31. Dezember 2022 verlängert. Auch Unternehmen werden nochmal entlastet: durch die Erhöhung des steuerlichen Verlustrücktrags für die Jahre 2020 und 2021 von fünf Millionen Euro auf zehn Millionen Euro bzw. von zehn Millionen Euro auf 20 Millionen Euro (bei Zusammenveranlagung). ■

Mehr Frauen in die Vorstände

Alle Appelle haben nichts geändert: Frauen sind in den Vorständen von Unternehmen immer noch deutlich in der Minderheit. Das soll sich nun ändern – mit einer Quote per Gesetz. Die SPD-Bundestagsfraktion will so die Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen. Im neuen Führungspositionen-Gesetz soll ihnen eine Mindestbeteiligung vorgeschrieben werden.

Danach sollen börsennotierte und paritätisch mitbestimmte Unternehmen mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn er mehr als dreiköpfig und rein männlich besetzt ist. Der Bund soll mit gutem Beispiel vorangehen: Für Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes soll es eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen geben. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie bei der Bundesagentur für Arbeit soll es ebenfalls eine Mindestbeteiligung geben. Im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis zum Jahr 2025 Führungspositionen hälftig mit Frauen besetzt sein. Für den frauenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Sönke Rix und die Gleichstellungspolitikern Josephine Ortleb ist der Gesetzentwurf ein historischer Erfolg: „Mit dem Gesetz tragen wir dazu bei, die Gleichstellung von Frauen und Männern und somit die Modernisierung unserer Gesellschaft entschieden voranzubringen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, dass Frauen und ihre Expertise in die Führungsetagen großer Unternehmen gehören. Davon profitieren nicht nur die Unternehmen, davon profitiert die gesamte Gesellschaft.“ ■

Lobbyregister: Mehr Transparenz

Seit Jahren kämpft die SPD-Fraktion für mehr Transparenz in der Politik. Es brauchte zahlreiche Korruptionsskandale, damit die Union ihre Blockadehaltung zumindest teilweise aufgibt. Die Koalitionsfraktionen haben sich nun auf ein Lobbyregister geeinigt, das eine Pflicht zur Registrierung für Lobbyarbeit gegenüber Bundestag und Bundesregierung vorsieht. Interessenvertreterinnen und -vertreter müssen umfassende Angaben zu ihrer Identität und zum Gegenstand sowie zur Finanzierung der Interessenvertretung machen. Auch müssen sie sich an einen verbindlichen Verhaltenskodex für integre Interessenvertretung halten. Bei Verstößen gegen die Registrierungspflicht droht ein Bußgeld bis zu 50.000 Euro. Verstöße gegen den Verhaltenskodex werden im Register veröffentlicht.

Die SPD-Fraktion fordert darüber hinaus weitere Konsequenzen aus der „Maskenaffäre“ der Union: Demnach sollen Abgeordnete künftig den zeitlichen Umfang von Nebentätigkeiten angeben. Nebeneinkünfte sollen auf Euro und Cent genau veröffentlicht werden. Unternehmensbeteiligungen sollen ab 5 statt bisher ab 25 Prozent genannt werden müssen. Bestechung und Bestechlichkeit sollen nicht mehr als Vergehen, sondern als Verbrechen mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr eingestuft werden. Für Parteispenderinnen soll künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender gelten. Die Veröffentlichungsgrenze soll von 10.000 Euro auf 2.000 Euro gesenkt werden. ■

Impressum

Verlags-Sonderveröffentlichung

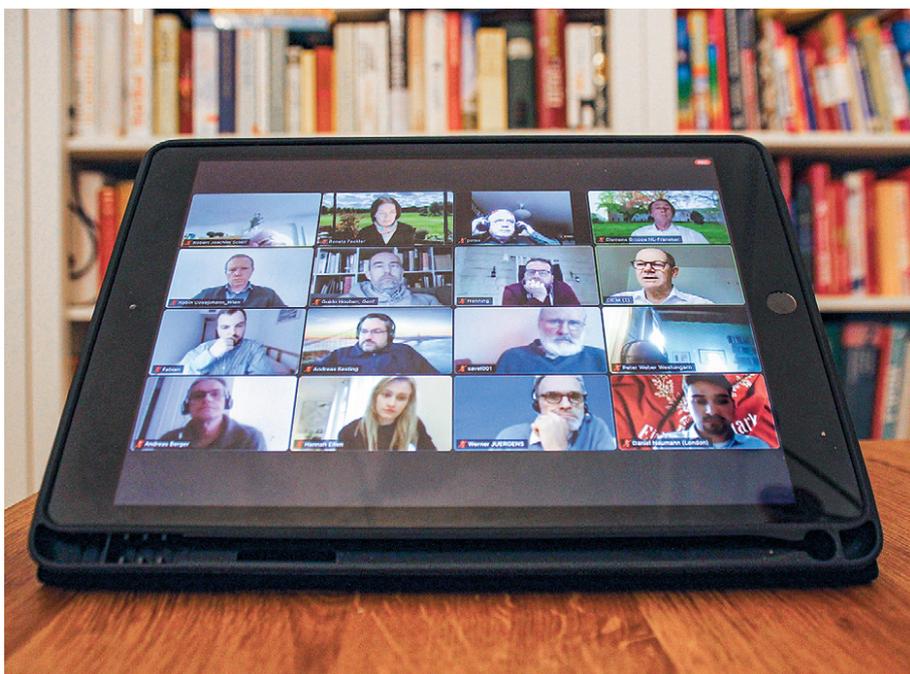
Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion Josephine Ortleb, MdB Parlamentarische Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.

Anschrift:

SPD-Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin

PARTEI LEBEN!



Digitales Treffen mit dem Kanzlerkandidaten: Die SPD International hat für das Wahljahr viel vor.

DIE ROTEN BOTSCHAFTER

SPD INTERNATIONAL 4.000 bis 5.000 SPD-Mitglieder leben im Ausland. In der Corona-Krise haben sie sich stärker vernetzt und wollen sich im Wahlkampf engagieren

Von Kai Doering

Es klingt etwas paradox, was Marian Jacobs über das Jahr 2020 sagt. „Für die SPD-Auslandsfreundeskreise war das ein produktives Jahr.“ Doch wer genauer hinsieht, merkt schnell, dass Jacobs, der Mitglied des SPD-Freundeskreises London ist, recht hat. Denn während die Corona-Pandemie die Parteiarbeit in Deutschland zumindest vorübergehend sehr schwer machte, konnten die Freundeskreise von der neuen Situation durchaus profitieren.

„Wir haben die digitalen Möglichkeiten genutzt, um uns mit Politikern auszutauschen und uns weiter zu vernetzen“, blickte Marian Jacobs beim digitalen Treffen der Freundeskreise und Auslandsortsvereine auf das vergangene Jahr zurück. Die SPD International, der Zusammenschluss der – zurzeit – 14 Auslandsfreundeskreise und -Ortsvereine, hatte zu einer Video-Konferenz eingela-

den. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 27 Ländern waren dabei. Und obwohl es die SPD International bereits seit zehn Jahren gibt – offiziell gegründet wurde sie auf dem Bundesparteitag 2011, war das Treffen eine Premiere: „Einen Austausch zwischen allen SPD-Mitgliedern im Ausland hat es bisher noch nicht gegeben“, sagte der Co-Vorsitzende der SPD International, Martin Nissen. 4.000 bis 5.000 Parteimitglieder leben nach seinen Angaben im Ausland. Rund hundert von ihnen beteiligten sich an dem Treffen.

Wissen aus dem Ausland nutzen

„Ihr könnt die Diskussionen in der SPD durch eure Expertise enorm bereichern“, lobte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Klara Geywitz. Sie ist Ansprechpartnerin für die SPD International im Parteivorstand. Die Erfahrungen und das Wissen der Freundeskreise sollen

INHALT

NEU GEDACHT
Ideen der SPD für den Bundestagswahlkampf unter Corona-Bedingungen

KURZ & KNAPP
Nachrichten aus den Gliederungen

GOLDJUNGE
Biathlon-Olympiasieger Frank Ullrich will für die SPD in den Bundestag

FAMILIÄR
Seit 25 Jahren führt Nancy Faeser den OV Schwalbach

nach Geywitz' Vorstellung auch in das SPD-Programm für die Bundestagswahl einfließen. „Ich hoffe, wir werden bis zum Parteitag im Mai noch öfter über den Bereich Internationales miteinander diskutieren“, unterstrich Geywitz.

Über das Zukunftsprogramm hinaus hat die SPD International bereits klare Forderungen an den Parteitag. So will sie das Wahlrecht so ändern, dass „der politische Wille der Deutschen im Ausland in geeigneter Form im Bundestag abgebildet wird“. Zudem plädieren die Sozialdemokraten im Ausland dafür, dass es künftig einen Bundesbeauftragten für die Belange der Auslandsdeutschen geben soll.

Für Parteivorstand und Bundestagsfraktion fordert die SPD International jeweils einen Beauftragten als Ansprechpartner und mit Blick auf die Bundestagswahl eine „mindestens einwöchige Kampagne“ des Parteivorstands, mit der Deutsche im Ausland animiert werden sollen, sich ins Wählerverzeichnis einzutragen. Ohne dies ist eine Teilnahme an der Wahl nicht möglich.

Überzeugungsarbeit leisten

„Ich bin sehr froh über das Engagement der SPD International“, sagte auch Kanzlerkandidat Olaf Scholz, der sich mehr als eine Stunde Zeit nahm, mit den Auslandsmitgliedern zu diskutieren. Gerade der Blick ins Ausland – Stichwort Brexit und Trump – zeige, wohin eine Spaltung der Gesellschaft führe, betonte er. „Wir müssen die Spaltung überwinden. Deshalb steht der Respekt im Mittelpunkt des Wahlkampfes“, erklärte Scholz.

Der Kanzlerkandidat ist sich sicher, dass so auch den Rechtspopulisten der Wind aus den Segeln genommen werden kann: „Wir müssen den Menschen Perspektiven bieten. Wenn wir das nicht tun, hören die Menschen denen zu, die vermeintlich einfache Antworten geben“, warnte Scholz. Auch deshalb plant die SPD International ein digitales „Townhall Meeting“, bei dem Wählerinnen und Wähler aus dem Ausland mit Olaf Scholz ins Gespräch kommen können. Der Termin steht noch nicht fest. „Aber bis Ende August müssen die Menschen spätestens überzeugt sein“, sagte Martin Nissen. Dann endet die Frist für die Beantragung der Briefwahl. ■

»DARUM BIN ICH IN DER SPD...«



ERIK ERDLÉ
ist 17 Jahre alt, Schüler und Mitglied des Ortsvereins Rodenberg in Niedersachsen.

Ich bin Anfang des Jahres der SPD beigetreten, nachdem ich mich ausführlich über die Ziele und Zukunftspläne der Partei informiert hatte. Auch Bekannte, die bereits Mitglieder der SPD sind, haben mir eine Menge erzählt. Ich kann guten Gewissens sagen, dass ich mich mit den sozialdemokratischen Werten und Zielen gut identifizieren kann. ■

Warum seid ihr gerade jetzt SPD-Mitglied geworden? Schreibt uns an parteleben@vorwaerts.de

»DIE WAHL WIRD IM NETZ ENTSCIEDEN«

LARS KLINGBEIL Der SPD-Generalsekretär über die Planung des Wahlkampfs und die Stimmung in der Partei

Interview Kai Doering

Die SPD hat mit Olaf Scholz früh ihren Kanzlerkandidaten präsentiert und nun auch den Entwurf ihres Wahlprogramms vorgelegt. Kann der Wahlkampf kommen?

Wir stecken noch mitten in der Bewältigung der Corona-Pandemie, und das steht für die SPD im Moment auch klar im Vordergrund. Olaf Scholz und unsere Ministerinnen und Minister sind jeden Tag im Krisenmanagement gefordert. Niemand möchte da gerade Wahlkampf. Aber natürlich wird der Tag kommen, an dem die Wahlauseinandersetzung beginnt. Und darauf sind wir sehr gut vorbereitet.

Trotz zunehmender Impfungen wird Corona im gesamten Wahlkampf eine Rolle spielen. Wie gehen Sie in der Wahlkampfplanung darauf ein?

Auch ohne Corona wäre dieser Bundestagswahlkampf der digitalste aller Zeiten geworden. Die Pandemie gibt nun einen zusätzlichen Schub in diese Richtung. Die Bundestagswahl wird im Netz entschieden. Darauf bereiten wir uns vor. Olaf Scholz tourt bereits mit digitalen Zukunftsgesprächen durch Deutschland und spricht mit Bürgerinnen und Bürgern. Aber natürlich hoffen wir, dass wir im Sommer auch wie gewohnt im Land unterwegs sein können, um an den Türen zu klingeln und im persönlichen Gespräch zu sein. Auch darauf bereiten wir uns vor.

Wie erleben Sie die Partei zurzeit?

Ich erlebe eine sehr motivierte SPD. Wir haben sehr viele junge Kandidierende, darunter viele Frauen. Bei der Bundestagswahl werden wir unser Versprechen, dass die SPD jünger, weiblicher und digitaler wird, einlösen. Das macht mich sehr glücklich und lässt mich mit Zuversicht auf den September blicken. ■



SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil: „Wir sind sehr gut vorbereitet.“



Corona erfordert kreative Wahlkampf-Ideen: Schon bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz waren SPD-Unterstützer damit erfolgreich.

WAHLKAMPF NACH MASS

KAMPAGNE Corona wirft traditionelle Wahlkampfkonzepte über den Haufen. Im Willy-Brandt-Haus werden deshalb neue Ideen entwickelt und eine Bewegung gestartet

BUNDESTAGS- WAHL

Es sind die vielen Freiwilligen gewesen, die Alexandria Ocasio-Cortez 2017 mit ihrem Feuereifer zu einem Platz im US-amerikanischen Kongress verholfen haben. Sie riefen 75.000 Wähler an, klopfen an 120.000 Türen und verschickten 120.000 Textnachrichten. Der Rest der Geschichte ist bekannt: Mit 28 Jahren wurde Ocasio-Cortez jüngstes Kongressmitglied, heute ist sie eine Art Polit-Rockstar. Auch US-Präsident Barack Obama setzte in Wahlkämpfen auf die dezentrale Unterstützung von Freiwilligen, die die Arbeit seiner professionellen Wahlkampfteams ergänzten. Die SPD will in diesem Sommer eine ähnliche Erfolgsgeschichte schreiben.

Denn der Bundestagswahlkampf wird ganz anders sein als früher. Die Pandemie stellt uns vor neue Herausforderungen. Flammende Reden vor großem Publikum in Hallen und Bierzelten etwa fallen aus. Trotzdem wollen und müssen Direktkandidatinnen und -kandidaten mit möglichst vielen Wählerinnen und Wählern ins Gespräch kommen. „Wir glauben, dass gerade in dieser Herausforderung unsere Chance

liegt“, sagt SPD-Bundesgeschäftsführerin Jessika Wischmeier. „Denn wir haben allen anderen Parteien etwas voraus: Wir haben 400.000 Mitglieder verteilt auf 299 Wahlkreise. Unser Ziel ist, dass jedes Mitglied zur Botschafterin oder zum Botschafter unserer Kampagne wird. Wir wollen Graswurzelkampagnen in allen Wahlkreisen starten.“

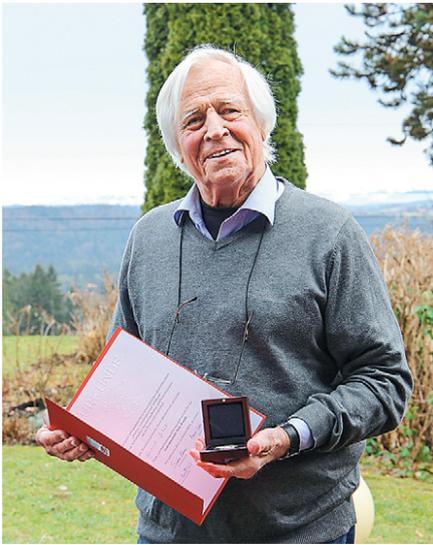
Die Zeichen stehen gut. Denn gerade jetzt, wo ein Politikwechsel auf Bundesebene in greifbare Nähe rückt, wollen viele Mitglieder den Wahlkampf unterstützen. Einige können wenige Stunden pro Monat, andere mehrere pro Woche aufbringen. Allen Mitgliedern sollen Mitmach-Angebote unterbreitet werden, die zu ihnen passen. Im Wahlkampf zählt jedes Engagement.

»Jeder Beitrag ist wertvoll«

Genau da holt die Kampagne die Mitglieder ab – und nicht nur sie. Denn seit Rechtspopulisten und Identitäre die Demokratie immer schärfer attackieren, wollen auch immer mehr Nicht-Mitglieder ein Zeichen setzen und die Sozialdemokratie unterstützen. Eine bessere Zukunft, mehr Respekt in der Gesellschaft, ein starkes Europa: Das sind Ideen, hinter denen sich viele versammeln. „Wir bieten deshalb zusätzlich zu den klassischen Wahlkampfmethoden wie Infoständen in der Fußgängerzone niedrigschwellige Möglichkeiten an, sich in den Wahlkampf einzubringen. Wir haben diese Kampagne ins Leben gerufen, weil wir wollen, dass Demokratie für möglichst viele Menschen erlebbar wird. Sie spüren, wie sie selbst etwas verändern können“, sagt Jessika Wischmeier.

Die Kandidierenden können ihre Mitglieder und natürlich alle Interessierten ab sofort per E-Mail auffordern, sich entsprechend ihrer Interessen und Zeitkapazität einem von fünf verschiedenen Wahlkampf-Typen zuzuordnen. Danach erhalten die Mitglieder regelmäßig maßgeschneiderte Vorschläge, wie sie ihre Direktkandidatin oder ihren Direktkandidaten unterstützen können. „Egal, ob jemand stundenlang von Tür zu Tür gehen möchte, mal schnell Flugblätter in die Briefkästen der Nachbarinnen und Nachbarn werfen oder einen Geldbetrag spenden will: Jeder Beitrag ist wertvoll“, sagt sie. Auf der Kampagnen-Seite der SPD finden Freiwillige bald Anleitungen und Materialien, mit denen sie in den Wahlkampf ziehen können. Die Parteizentrale will es den Direktkandidatinnen und -kandidaten damit möglichst leicht machen, eine eigene Graswurzel-Bewegung zu starten und viele Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für sich zu gewinnen. ■

Weitere Informationen finden Sie unter www.kampagne.spd.de



AUFBAUARBEITER

Als **Gerd Jakobi** Ende der 60er Jahre ins oberbayerische Icking zog, war der Schock groß. Hier in dieser von wohlhabenden Menschen geprägten Gemeinde gab es kaum Genossinnen und Genossen und auch keinen eigenen SPD-Ortsverein. Das war der gebürtige Duisburger anders gewohnt. Also begann Jakobi zu kämpfen: 1970 wurde er Mitbegründer des SPD-Ortsvereins, war mehrfach OV-Vorsitzender, rief mit dem „Ickinger Schaukasten“ eine SPD-Zeitung ins Leben und war Mitinitiator eines „roten Laientheaters“, das die Menschen im Ort neugierig auf die Ickinger SPD machte. Mit Erfolg: 16 Jahre lang war Jakobi Mitglied im Gemeinderat. Zudem rief er Partnerschaften mit den Ortsvereinen in Essen-Gerschede und im thüringischen Suhl ins Leben. Für seine Verdienste wurde Gerd Jakobi am 1. Februar, seinem 86. Geburtstag, mit der höchsten Auszeichnung der SPD, der Willy-Brandt-Medaille, geehrt. ■ *KD*

FOTOS: SABINE HERMSTORF-HISS, PRIVAT

JUGEND VORN

Ein bisschen unangenehm sei ihm die Sache zuerst schon gewesen, sagt **Lukas Mühlbauer**. Bei der Gemeinderatswahl in seinem Heimatort Habichtswald (Hessen) erhielt er als jüngster Kandidat parteiübergreifend die meisten Stimmen. „Ich war mir nicht ganz sicher, wie es die Partei-Urgesteine finden, dass ich als Neuling bei meiner ersten Kandidatur mit einem Mal vor ihnen liege“, erzählt Mühlbauer. „Sie haben sich aber eher für mich gefreut.“ Seinen Erfolg führt der 18-Jährige darauf zurück, dass er in vielen Vereinen aktiv ist. Mehrere Jahre war er zudem Kreisschulsprecher. Hier habe er gemerkt, „dass man Dinge verändern kann, wenn man sich für etwas einsetzt“. ■ *KD*

Lesen Sie mehr unter vorwaerts.de/habichtswald

75 JAHRE IN DER SPD

Ihr SPD-Eintrittsformular hat **Friedel Vogt** noch im Original. Es trägt das Datum vom 23. Februar 1946. Die 95-Jährige erhielt es 2016 gerahmt von ihrem Ortsverein Meiningen (Thüringen) zum 70. Parteijubiläum. Am 23. Februar 2021 bekam sie einen Strauß Blumen von **Georg Maier**: Der Thüringer SPD-Vorsitzende traf sie im Park, als sie gerade aus dem Impfzentrum kam. Auch wenn in der DDR eine Mitgliedschaft in der SPD nicht möglich war und „Sozialdemokratismus“ verfolgt wurde, sei sie im Herzen immer Sozialdemokratin geblieben, sagt Friedel Vogt. Klar, dass sie nach dem Fall der Mauer dann auch wieder offiziell eintrat. ■ *KD*



28 KANZLER ERLEBT

Als **Elfriede Kittel** am 13. März 1914 in Frankfurt am Main geboren wurde, hieß das Staatsoberhaupt **Kaiser Wilhelm II.** Seither hat sie (bis jetzt) 28 Reichs- und Bundeskanzler erlebt. In Berlin lernte Elfriede Kittel ihren Ehemann Walter kennen. Nach dem Zweiten Weltkrieg zog die Familie nach Weidach im Landkreis Coburg. Dort trat Elfriede Kittel 1951 in die SPD ein. Zur Ehrung für 70 Jahre Parteimitgliedschaft Mitte März konnten u. a. der Bamberger Bundestagsabgeordnete **Andreas Schwarz** (l.) und der Generalsekretär der BayernSPD **Uli Grötsch** (r.) sie besuchen, denn da hatte Elfriede Kittel ihre Corona-Impfung bereits erhalten. ■ *KD*

MITMACHEN

SCHREIBT UNS ÜBER EURE AKTIONEN

Euer Ortsverein hat in den vergangenen Jahren deutlich an Mitgliedern zugelegt? Ihr macht vor Ort mit kreativen Ideen auf die SPD aufmerksam? Dann schickt uns einen kurzen Text über eure Aktion! Wir stellen gern vor, was in Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereinen und Unterbezirken passiert. Deshalb sagt uns Bescheid – und lest über euch im „vorwärts“. ■

Schreibt per E-Mail an: parteleben@vorwaerts.de

BUCH ZUM 85.

Am 25. Mai wird **Willfried Penner** 85 Jahre alt. Vielen dürfte er als Wehrbeauftragter in Erinnerung sein. Doch Penner hat auch zuvor schon politische Weichen gestellt – als Vize-Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion etwa oder als Verteidigungsstaatssekretär. Den Politiker und den Privatmann Willfried Penner stellt nun ein Lesebuch mit Texten von Weggefährten vor (NordPark Verlag, ISBN 978-3-943940-70-1). ■ *KD*

ANZEIGE

Empfehl uns weiter!

Wenn dir das vorwärts-E-Paper gefällt, sag es gerne auch anderen.

Wer SPD-Mitglied ist, kann sich hier ganz bequem für den digitalen „vorwärts“ anmelden:

spd.de/vorwaerts-epaper

vorwärts

MEHR INHALTE,
MEHR
FUNKTIONEN
UND ÜBERALL
DABEI!



EIN OLYMPIASIEGER WILL IN DEN BUNDESTAG

FRANK ULLRICH Bei der Landtagswahl in Thüringen 2019 fehlten ihm 0,9 Prozent zum Sieg. Diesmal soll es anders sein. Der Neu-Genosse besitzt den sportlichen Ehrgeiz, seinen Bundestagswahlkreis direkt zu gewinnen. Denn der frühere Biathlet weiß, wie es ist, die Ziellinie als Erster zu überqueren

Von Jonas Jordan



» Ich habe einen kleinen Sprachfehler: Am Ende kann ich nicht Nein sagen. «

Frank Ullrich

Neinmal Weltmeister, einmal Olympiasieger, viermal Gesamtweltcup-sieger – im Biathlon hat Frank Ullrich als Spitzensportler der damaligen DDR so viel erreicht, dass vor wenigen Jahren in seiner Heimatstadt Trusetal sogar eine Straße nach ihm benannt wurde. In der Politik ist der Thüringer Neuling und hat sich dennoch viel vorgenommen. Der 63-Jährige will den Wahlkreis Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg direkt gewinnen und in den Bundestag einziehen.

Politisch geprägt wurde Ullrich durch seinen Opa. „Er war ein alter Sozialdemokrat und hat mir diese Werte mitgegeben“, berichtet er. Erstmals in Berührung mit der Sozialdemokratie kam er im Juni 2010. Da nahm Ullrich als Wahlmann für die SPD an der Bundesversammlung teil. „Damals habe ich schon gespürt: Wenn, kann es für mich nur die SPD sein.“

Einige Jahre später wurde er für die SPD Stadtrat im südthüringischen Suhl. „Ich habe einen kleinen Sprachfehler“, berichtet Ullrich schmunzelnd, „am Ende kann ich nicht Nein sagen.“ 2019 sprach ihn Christoph Zimmermann, SPD-Kreisvorsitzender in Schmalkalden-Meiningen, an, ob er sich eine Kandidatur für den Landtag vorstellen könne. „Dann sind wir losmarschiert. Es war für mich eine so tolle Herausforderung, auch mit über 60 Jahren vieles noch einmal lernen zu dürfen“, berichtet er.

0.9 Prozent fehlten zum Sieg

Ullrich packte an, hängte 80 Prozent seiner rund 800 Plakate selbst auf. „Das war mir ein großes Bedürfnis, weil ich so mit Menschen auf der Straße diskutieren konnte“, sagt er. Mit den „einfachen Leuten“ ins Gespräch kommen, auch mal am Biertisch diskutieren. Ein Ansatz, mit dem er im Wahlkampf auch AfD-Sympathisanten davon überzeugte, stattdessen lieber ihn zu wählen. Am Ende lag er dennoch 0,9 Prozent hinter dem AfD-Bewerber, der Einzug in den Landtag scheiterte knapp. Auch wenn das schmerzte, zeigte sich Ullrich

sportlich fair, gratulierte dem Sieger per Handschlag. Die knappe Niederlage war für ihn zusätzliche Motivation. In diesem Jahr will er es noch einmal wissen. Nach der kommunalen und der Landesebene hat sich Ullrich nun die Bundesebene vorgenommen. Ähnlich der Karriere eines Sportlers, die mit der Ortsmeisterschaft startet, und irgendwann kommt der Olympiasieg. Bei ihm war es 1980 in Lake Placid nach einer starken Laufleistung im Sprint soweit.

Autogramme auf Gipsarmen

Mehr als 40 Jahre später gleitet Ullrich noch immer mit Leidenschaft auf Langlaufskiern über die Thüringer Höhen. Mit seinen 63 Jahren kommt der frühere Biathlet und langjährige Bundestrainer fitter daher als manch einer mit Mitte 40. Im Landtagswahlkampf radelte er mit Georg Maier durch den Thüringer Wald. Nicht nur deswegen hält er viel vom neuen SPD-Landesvorsitzenden. Maiers Ansatz, Probleme intern anzusprechen und sich nach außen solidarisch zu zeigen, überzeugte Ullrich, Anfang 2021 in die SPD einzutreten, nachdem er zuvor als parteiloser Bewerber angetreten war. Er ist zwar neu in

FOTO: DSV



1981 im finnischen Lahti: einer von Frank Ullrichs neun WM-Titeln im Biathlon

PORTRÄT

der Partei. Doch bekannt machen muss sich Ullrich nicht. Seine Popularität ist groß. Vor zwei Jahren gab er im Wahlkampf Autogramme auf Gipsarmen, wie Matthias Hey, SPD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, voller Bewunderung berichtete. Auch diesmal schickten ihn seine Genossen mit großer Unterstützung auf den Weg Richtung Berlin – 100 Prozent Zustimmung erhielt Ullrich auf der Nominierungsversammlung am 19. März.

Entsprechend optimistisch startet er seine Vorbereitung auf den großen Wettkampftag am 26. September. „Ich gehe

ins Rennen um das Direktmandat und kämpfe bis zur Ziellinie. Ich gehe auch offensiv damit um, aber man darf nicht überheblich werden. Auch als Sportler habe ich immer gesagt: Wenn du auf dem Siegerpodest warst, gehe so schnell wie möglich wieder runter und erde dich.“

Ein potenzieller Konkurrent ist bereits aus dem Rennen. Der CDU-Abgeordnete Mark Hauptmann, der den Wahlkreis bislang im Bundestag vertrat, trat im Zuge der Maskenaffäre zurück. Ullrich sagt: „Ich möchte daraus kein Kapital schlagen. Ich hätte mich gerne mit ihm auf Augenhöhe auseinandergesetzt. Dass es jetzt so gekommen ist, finde ich schade, weil das auf die Glaubwürdigkeit aller Parteien ausstrahlt.“

Ullrich will, wenn er am 26. September gewählt wird, mehr Sport in die Bundespolitik bringen, mit Blick auf einen fairen Konkurrenzkampf, aber auch in vielen Politikfeldern. Nachhaltigkeit, die demografische Entwicklung im ländlichen Raum, Tourismus, Infrastruktur, Gesundheit – all das leitet er aus dem Sport ab und sagt: „Der Sport ist nicht das Problem, sondern der Sport ist die Lösung, gerade in der jetzigen Phase.“ ■

ANZEIGE

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
HAT **PHYSIOTHERAPEUT
JAN** HELFENDE HÄNDE.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/jan

PKV | IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER



Wie eine große Familie: Bürgermeister Alexander Immisch, die Ortsvereinsvorsitzende Nancy Faeser und Spitzenkandidat Eyke Grüning (v.l.) werben für die Schwalbacher SPD.

RALLYE DURCH DAS ROTE NEST IM TAUNUS

SCHWALBACH Die hessische SPD-Landesvorsitzende Nancy Faeser führt ihren Ortsverein seit 25 Jahren und denkt gar nicht ans Aufhören. Grund dafür sind ein starkes Team und eine familiäre Atmosphäre

Von Jonas Jordan

Nancy Faeser war noch Jura-Studentin, als sie den Vorsitz des SPD-Ortsvereins in Schwalbach am Taunus übernahm. Das war vor 25 Jahren. Inzwischen ist Faeser Landes- und Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD. Trotzdem denkt sie nicht daran, im Ortsverein kürzerzutreten. „Das ist der letzte Posten, den ich aufgeben werde, weil es mir einfach wahnsinnig viel Spaß macht“, sagt sie.

Auch weil die Sozialdemokratie in Schwalbach wie eine große Familie ist. Und das durchaus im wörtlichen Sinne. Denn Faesers Ehemann Eyke Grüning war jüngst bei der Kommunalwahl Spitzenkandidat der Schwalbacher SPD. Auf Platz zwei folgte die Landes- und Ortsvereinsvorsitzende. Ein Ehepaar als Spitzenduo – das ist einmalig innerhalb der hessischen SPD und äußerst erfolgreich. Angeführt vom Ehepaar Grüning/Faeser wurde die Schwalbacher SPD mit 35,8 Prozent erneut stärkste Kraft.

Kernteam seit der Schulzeit

Damit erreichten die Sozialdemokraten eben jenes Ziel, das Alexander Immisch vor der Wahl im Gespräch mit dem „vorwärts“ ausgegeben hatte. Immisch ist seit dem vergangenen Jahr Bürgermeister der gut 15.000 Einwohner zählenden Stadt im Taunus. Er gehört neben der

OV-PORTRÄT

Aus einer Zeit vor Corona: der beliebte Neujahrsspaziergang der Schwalbacher SPD

früheren Fraktionsvorsitzenden Aylin Fischer zum Kernteam um Grüning und Faeser. Die vier kennen sich seit der Schulzeit. Alexandra Scherer und Claudia Ludwig stießen erst später zur Schwalbacher SPD, zunächst als parteilose Kandidatinnen, inzwischen als tragende Säulen des 110 Mitglieder starken Ortsvereins.

„Die Genossen haben fünf Jahre lang nicht locker gelassen, bis ich beigetreten bin“, berichtet Ludwig schmunzelnd. Die langjährige hr-Moderatorin war verantwortlich für eines der Kernelemente des Schwalbacher Kommunalwahl-



kampfs. Bei verschiedenen Stadtrallyes konnten die Bürgerinnen und Bürger ihre SPD besser kennenlernen und den Kandidatinnen und Kandidaten auf den Zahn fühlen. „Eine gute Aktion, um mit minimalen Kontakten mit Bürgern ins Gespräch zu kommen“, lobt Spitzenkandidat Grüning.

Eine geplante Altstadtallye musste allerdings aufgrund der Corona-Bestimmungen ausfallen. Doch auch dafür hatte Claudia Ludwig eine Lösung. Sie verlegte diese kurzerhand ins Internet. Es galt, zehn Fragen zu verschiedenen Videos zu beantworten.

Denn gemeinsam mit ihrer Tochter, der führenden Schwalbacher Jungsozialistin Amelie Ludwig-Dinkel, stellte sie den „Winterkalender“ der Schwalbacher SPD auf die Beine. Die Genossinnen sorgten dafür, dass ab dem 1. Dezember bis zur Kommunalwahl am 14. März täglich ein Video auf Facebook, Youtube und Instagram online ging. „Es ist schon sehr viel Arbeit, täglich Videos zu bearbeiten und hochzuladen“, berichtet Amelie Ludwig-Dinkel. Claudia Ludwig ergänzt mit einer Anekdote. „Einmal sagte Amelie: Für heute habe ich kein Video. Da habe ich gesagt: Waaa? Dann habe ich mich aufs Fahrrad gesetzt, bin zu einer Straße gerast, die wir letztes Jahr umbenannt haben, und habe noch ein Video gedreht.“

Eine integrative Vorsitzende

Diese vielfältigen Aktionen waren möglich durch ein engagiertes Kernteam, aber auch viele motivierte Helferinnen und Helfer im Hintergrund. „Wir haben einen extrem engagierten Ortsverein und das große Glück, ungefähr 50 Genossen zu haben, die helfen, wenn man sie anspricht“, berichtet Grüning.

Dafür wurden die Schwalbacher Sozialdemokraten mit einem starken Kommunalwahlergebnis belohnt. Auch weil die Genossinnen und Genossen quasi in allen Vereinen vor Ort prominent vertreten sind. „Wir haben uns immer sehr stark in die Stadtgesellschaft geöffnet“, sagt Faeser.

Für ihre Arbeit als Landesvorsitzende der hessischen SPD mit ihren rund 50.000 Mitgliedern ist die Führung der Schwalbacher Sozialdemokratie als Basiserfahrung eine grundlegende Voraussetzung. „Es ist irre wichtig, zu wissen, was eigentlich unten ankommt“, sagt sie.

Auch deswegen hat Faeser „noch ganz viel“ mit ihrem Ortsverein vor. Auch nach 25 Jahren an der Spitze der Schwalbacher SPD ist für sie noch lange nicht Schluss. Wie harmonisch es dabei zugeht, zeigt das Lob von ihrem Stellvertreter und Ehemann Eyke Grüning: „Nancy ist eine sehr integrative Vorsitzende, die auf jeden sympathisch wirkt und viel in die Partei hineinwirkt.“ ■

LESERBRIEFE

TITELTHEMA SOZIAL-ÖKOLOGISCHE WENDE

1/2021

Die Geschichte hat uns ja die Zeitepoche der Aufklärung beschrieben, und in den Schulen sollte einmal die heutige Zeit ebenfalls aufklärerisch dargestellt werden. Was vermittelt uns da die Wissenschaft, die ja von den Politikern immer bemüht wird, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist? Ich habe den Eindruck, dass Olaf lernfähig ist und das gibt mir ein bisschen Hoffnung.

Heinz Rudolf Bohn, per E-Mail

Olaf Scholz verweist im „vorwärts“ auf die aktuelle Notwendigkeit ..., dass die EU eigene Steuern erhebt. Da unser Kanzlerkandidat keine Angaben macht zur Art ... solcher Steuern, erlaube ich mir, dies hiermit zu tun: Finanztransaktionssteuer, Warentransfer-Mindeststeuer, Digitalsteuer und Kerosinbesteuerung. Damit wäre ein breites Instrumentarium gegeben ..., das die nationalen EU-Beiträge ersetzt

und die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit der EU sichert

Hermann Krafft, per E-Mail

Das Heft mit einem der Schwerpunkte Klimawandel finde ich sehr gut. Den Satz „Denn anders als bei den Grünen werden in der SPD die Menschen mitgedacht“ hätte man sich sparen können. Ich glaube die Abgrenzung von den Grünen ist nicht so dringend wie von den „Schwarzen“. Bernd Magenau, per E-Mail

DIE TIEFE KRISE DER US-DEMOKRATIE

1/2021

Was sich schon lange andeutete, ergießt sich doch jetzt in seiner ganzen Hässlichkeit über ganze Staaten mit der zerstörerischen Kraft, die u. a. einen Sturm auf das Kapitol und im Kleineren auch den Berliner Reichstag zulässt. Ich sehe das Problem hier bei den sogenannten sozialen Netzwerken. Auch weil hier unkontrollierbare „Sozial Bots“ agieren, die Wahlergebnisse komplett verschieben, (u. a. aus Russland) muss dem Ganzen ein Riegel vorgeschoben werden.

Ullrich Herzau, Berlin

vorwärts

INS NETZ GEGANGEN

Folgen Sie uns bei Facebook und Twitter:



www.facebook.com/vorwaerts1876



www.twitter.com/vorwaerts

Oder online auf: www.vorwaerts.de

Die Redaktion behält sich vor, Auszüge aus Leserbriefen zu veröffentlichen.

Leserbriefe per Post: vorwärts, Leserbriefe, Postfach 610322, 10925 Berlin
per E-Mail: leserbriefe@vorwaerts.de

HEIKE RAAB ZU ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN MEDIEN

1/2021

Ja, auch ich finde, die Gebührenfinanzierung ist wichtig, damit nicht das dargestellt werden muss, was am meisten Geld bringt. Doch die „ziemlich allumfassende Grundversorgung“, wie Frau Raab richtig sagt, ist mir zu umfassend: Zu einer Grundversorgung gehören m. E. Nachrichten und Reportagen sowie ein bisschen Unterhaltung, nicht z. B. zehn Krimiserien. Johannes Müller, Berlin

WER WAR'S?

1/2021

Ihr schreibt natürlich sehr richtig über Elfriede Eilers als ASF-Vorsitzende. Vergessen wird aber oft, dass sie 1979 zur Bundesbeauftragten für die SPD-Seniorarbeit vom Parteivorstand ernannt wurde. Heute gibt es die Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Elfriede Eilers wollte aber keine AG; vielmehr ging es ihr darum, dass die Alten ihre Meinungen, Erfahrungen usw. in der „richtigen“ Parteiarbeit einbringen können.

Helga Henke-Berndt, per E-Mail

ANZEIGE

DIE AGENTUR AN EURER SEITE



GRAFIK

Layouts | Infografiken | Gestaltung von Flyern & Broschüren | Logoentwicklung | Corporate Designs | Einbindung ins Druckportal

KAMPAGNEN

Strategieentwicklung | Coaching von Kandidat*innen | Kampagnenplanung | Kreation | Digitaler Wahlkampf | Social Media | Plakate | Spots | Mediaplanung

PODCASTS

Konzeption | Beratung | Coaching | Sounddesign | Technische Umsetzung | Postproduktion | Full-Service-Koordination | Vermittlung Sprecher*innen

TEXTE

Pressemitteilungen | Broschüren & Flyer | Magazingestaltung

VIDEO

Imagefilme & Interviews | Animationen & Tutorials | Webstudiokonzeption & -beratung

EVENTS

Digital, hybrid & vor Ort | Parteitage | Wahlkampftouren | Kongresse | Markeninszenierung | Konzeption | Teilnehmer*innenmanagement

SPONSORING

Anzeigenvermarktung | Parteitags-Sponsoring | Event-Sponsoring

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600



WWW.ASK-BERLIN.DE



GLOBAL GEDACHT

Von Rafael Seligmann

Die Volksrepublik **China** habe nicht mit „Glück“ die Corona-Pandemie bewältigt, sondern dank der Führung durch die Kommunistische Partei, betont Xi Jinping. Das Selbstlob des KP-Generalsekretärs und Staatschefs wird von den Zahlen scheinbar belegt.

Während in den **USA** mehr als eine halbe Million Menschen an oder mit dem Covid-Virus starben und in **Europa**, so in **Großbritannien, Italien, Spanien** und in **Deutschland** jeweils mehr als 50.000 Frauen und Männer, kam die Bevölkerung in der Volksrepublik laut Peking mit nur 5.000 Toten davon. Die westlichen Volkswirtschaften leiden weiter an den Folgen der Pandemie. Obgleich Billionen Dollar und Euro als Unterstützungsmaßnahmen an Privatpersonen und Unternehmen fließen, bleiben die ökonomischen Werte schwach. China dagegen rechnet 2021 mit sechs Prozent Wachstum.

Der Preis der „chinesischen Methode“ sind drastische Einschränkungen der individuellen Freiheiten und eine Aggressionspolitik. Die demokratischen Restrechte **Hongkongs** wurden beschnitten. In Xinjiang werden Millionen Moslems überwacht, in Haft genommen, zwangsweise politisch „umerzogen.“ Auf die Umwelt nimmt Peking trotz gegenteiliger Beteuerungen nur wenig Rücksicht. Die Nachbarstaaten **Vietnam**, die **Philippinen** werden bedroht. **Taiwan** zunehmend bedrängt, sich mit der Volksrepublik zu vereinigen, heißt zu unterwerfen. Die Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 6,8 Prozent weist auf eine Fortsetzung der expansiven Außenpolitik hin.

Zudem macht Peking arme Staaten durch milliardenteure Infrastrukturprojekte sowie entsprechende Kredite von sich abhängig und nimmt Zugriff auf Rohstoffe und Landwirtschaftsgüter, besonders in **Afrika**. Westliche Industrieländer, speziell die USA und Deutschland, sind Ziel von Industriespionage, insbesondere von Cyberattacken, von staatlichen chinesischen Stellen koordiniert. Chinas Wirtschaft wächst – bedenkenlos. Im Gegenzug werden die Freiheit unterdrückt und Kritiker durch ein diktatorisches System mundtot gemacht. ■

IMPFF-SOLIDARITÄT

CORONA Um die Pandemie zu bekämpfen, müssen Impfstoffe gerecht verteilt sein



Geimpftes Paar im indischen Mumbai: Die Progressive Alliance fordert, ärmere Länder bei der Impfstoff-Verteilung nicht zu benachteiligen.

Weltweit tobt ein Wettbewerb um die Corona-Impfstoffe. Die Progressive Alliance (PA), ein globaler Zusammenschluss sozialdemokratischer, sozialistischer und progressiver Parteien, fordert deshalb Impfsolidarität mit den Ländern des globalen Südens. „Wir brauchen endlich eine globale Impf-Strategie“, sagt PA-Koordinator **Conny Reuter**. Die Progressive Alliance hat deshalb eine Online-Petition gestartet, in der sie u. a. fordert, Corona-Impfstoffe als öffentliches Gut und nicht als Mittel zur Profitmaximierung zu behandeln. Eine entscheidende Frage ist der Umgang mit den Impfstoff-Lizenzen. „Es darf nicht passieren, dass nur derjenige einen Zugang zu den Lizenzen hat, der das meiste Geld hat“, sagt Conny Reuter. Er fordert die EU-Staaten auf, neben finanziellen Hilfen die Produktionskapazitäten für Impfstoffe zu erhöhen. „Ein globaler Zugang zu Covid-19-Impfstoffen für alle Länder ist entscheidend, wenn wir die Pandemie erfolgreich eindämmen wollen“, sagt der SPD-Europabeauftragte **Udo Bullmann**. ■ **KD**

FLUCHT-GESCHICHTE

Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks waren im vergangenen Jahr rund 80 Millionen Menschen auf der Flucht, ein neuer Höchststand. Der Historiker **Andreas Kossert** hat sich der Frage gewidmet, warum Menschen fliehen und welche Rolle Fluchterfahrungen bei der Entwicklung der Menschheit gespielt haben. Für sein Buch „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“ wird er mit dem diesjährigen Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet. Als „Pflichtlektüre für alle, die heute Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten“, bezeichnet es die Jury. Die Preisverleihung findet am 17. Mai in Berlin statt. ■ **KD**

MEHR TRANSPARENZ

Die Masken-Affäre um Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU erschüttert die Demokratie. Die SPD will deshalb bezahlter Lobbyarbeit und ausschweifenden Nebeneinkünften einen Riegel vorschieben. Einen entsprechenden Beschluss hat der Parteivorstand Mitte März gefasst. So sollen Abgeordnete künftig keine bezahlte Lobbyarbeit mehr als Nebentätigkeit zu ihrem Mandat ausüben dürfen. Abgeordnete sollen ihre Nebeneinkünfte zudem betragsgenau angeben und nachweisen müssen, wie viele Stunden Nebentätigkeiten sie ausüben. Die Bestechung von Abgeord-

neten soll künftig als Straftat behandelt werden und mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet werden. Bei Parteispenden will die SPD eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr festsetzen. Darüber hinaus sollen diese Spenden bereits ab einem Betrag von 2.000 Euro öffentlich gemacht werden müssen. ■ **KD**

Mehr zum Thema unter [vorwaerts.de/korruption](https://www.vorwaerts.de/korruption)

JAHRZEHENTE VERSTECKT



Mitte März erhielt die vorwärts-Redaktion einen besonderen Brief. Im Umschlag befand sich eine Originalausgabe des „Vorwärts“ vom 12. Dezember 1903. Etwas verknittert und unten leicht eingerissen, aber sonst in einem tadellosen Zustand. Mehrere Jahrzehnte lag sie unter den Dielen in einer Werkstatt in Berlin-Kreuzberg, schrieb die Finderin, eine Elektromeisterin. Bei Renovierungsarbeiten habe sie die Ausgabe entdeckt. Wer Interesse an dem Dokument hat, findet einen Scan auf der Internetseite des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. ■ **KD**

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Karsten D. Voigt
ehem. MdB
zum 80. Geburtstag

Irene Ellenberger
ehem. Sozialministerin
in Thüringen
Johannes Pflug
ehem. MdB
zum 75. Geburtstag

Gerd Andres
ehem. MdB
Ulrich Freese
MdB
Heinz Paula
ehem. MdB
zum 70. Geburtstag

Wie geht es der SPD in Nordrhein-Westfalen?

Wenn ich mir die Umfragewerte ansehe, haben wir eine Menge zu tun. Ich möchte keinen weiteren Parteitag erleben, der im Zeichen von 17 Prozent steht, die uns der WDR vor kurzem prognostiziert hat. Deshalb heißt es für mich und uns alle: Ärmel hochkrempeln und ran an die Arbeit!

Was wollen Sie konkret ändern?

Die Veränderung beginnt im Kopf. Das hat viel mit Haltung, Auftreten und Präsenz zu tun. Wir müssen uns ja für nichts verstecken. Das, was die SPD in den vergangenen Jahren für dieses Land geleistet hat, kann sich sehen lassen. Dinge wie der Mindestlohn, die Grundrente oder besserer Mieterschutz sind etwas, das wir durchaus mit Stolz vor uns hertragen sollten. Ich möchte für mehr Motivation und Begeisterung in der SPD sorgen. Denn wenn wir selbst von unseren Ideen begeistert sind, dann schaffen wir es auch, andere davon zu begeistern. Dafür müssen wir auch in Pandemiezeiten deutlich mehr rausgehen zu den Menschen – ob im wortwörtlichen oder

übertragenen Sinne. Ich persönlich habe mir vorgenommen, 100.000 Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern zu haben, wenn nicht per Hausbesuch, dann zumindest digital. Klingeln und klicken

ist jetzt das Gebot der Stunde.

Sie haben angekündigt, einen „Zukunftsrat“ gründen zu wollen. Was soll der leisten?

Die SPD hat immer in die Zukunft geschaut und überlegt, wie sich das Land verändern muss. Daran möchte ich anknüpfen. Mir ist wichtig, dass wir uns mehr Gedanken über das Morgen machen. Wie gestalten wir den Transformations-

prozess der Arbeit? Wie sorgen wir für einen sozial gerechten Klimaschutz? Das sind Fragen, die im Zukunftsrat besprochen werden sollen. Dabei plane ich eine Besetzung quer durch die Gesellschaft – von den Gewerkschaften bis zu Fridays for Future. Die SPD muss wieder mehr Zukunftsmut ausstrahlen. Gerade nach der Corona-Krise ist es Zeit für einen sozialen Neustart. ■ KD

Thomas Kutschaty, 52, ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen und seit 6. März Vorsitzender der NRWSPD.

DREI FRAGEN AN



THOMAS KUTSCHATY

UNSER EUROPA

MEHR ALS HÜLLE OHNE INHALT?

Die plant EU einen Bürgerdialog zur Zukunft Europas

Von Kay Walter

Direkt nach ihrer Auswahl durch die EU-Regierungschefs im Juli 2019, ein halbes Jahr vor Amtsantritt als Kommissionspräsidentin, kündigte Ursula von der Leyen einen Bürgerdialog zur Zukunft Europas an. Das Wichtigste sei, „die Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft und die europäischen Institutionen als gleichberechtigte Partner“ einzubeziehen.

Ausgesprochen bürgernah sollte die Konferenzserie sein und im Mai 2020 die Arbeit aufnehmen, so die Ankündigung. Alle sollten Gelegenheit bekommen, ihre Wünsche und Erwartungen an die EU-Politik einzubringen. Allein, die Corona-Pandemie verhinderte das. Fast ein Jahr später nun endlich der Startschuss. Brüssel kündigte am 10. März 2021 die erste Konferenz für den nächsten Europa-Tag am 9. Mai an.

92 Prozent der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger wünschen sich laut einer aktuellen Umfrage dringend mehr Teilhabe an den Entscheidungen der Union. Mehr als die Hälfte gibt an, sich auch persönlich einbringen zu wollen. Konkret erwarten 60 Prozent eine kluge und schnelle Lösung der Corona-Krise. Als wichtigste Zukunftsaufgaben nennen sie mehr Solidarität, die Angleichung der Lebenssituation, soziale Gerechtigkeit, sowie Umweltpolitik und Klimawandel.

Dreiviertel der Befragten hoffen, der Bürgerdialog werde einen deutlichen Fortschritt für die demokratische Struktur Europas markieren. Gleichzeitig befürchten allerdings 43 Prozent, am Ende werde das wohl ein frommer Wunsch bleiben.

Leider besteht Anlass zur Sorge, dass die Befürchtung berechtigt ist, nicht nur, weil den große Worten von der Leyens selten große Taten folgen. Sie hat bislang nicht erklärt, wie der Bürgerdialog organisiert werden soll. Es wird noch Druck der Menschen und der Parlamentarier brauchen, damit der Dialog mehr wird als eine Hülle ohne Inhalt. Allein die Abgeordneten haben sich auch nicht mit Ruhm bekleckert: Die Sozialistin Iratxe García ist die einzige Frau auf der Liste mit sieben Namen, die die Fraktionsspitzen für wichtige Aufgaben im Bürgerdialog vorsehen. Das muss man zwei Tage nach dem Frauentag erst mal hinkriegen. ■



In Teilen von CDU und CSU ist das Prinzip, dass eine Hand die andere wäscht, immer wieder zum Vorschein gekommen. Das Waschmittel dabei ist Geld – und dem stehen in diesen Parteien einige besonders nah. ◀◀

Norbert Walter-Borjans, SPD-Parteivorsitzender, zu den Affären von Abgeordneten von CDU und CSU

BILDUNG MIT CORONA

Junge Menschen leiden unter den Folgen der Corona-Pandemie besonders. Die Bildungspolitikerinnen und -politiker der SPD fordern deshalb, dass mit einer Bundesinitiative „Chancengleichheit in der Bildung“ die Lernchancen in der Corona-Pandemie gestärkt werden.

„Wir müssen entstandene Rückstände in der Entwicklung und Bildung junger Menschen aufarbeiten und auch die sozialen und die psychosozialen Folgen der Pandemie in den Blick nehmen“, sagt die SPD-Vorsitzende **Saskia Esken**. ■ KD

ZUSAMMENFÜHREN

Bereits seit einigen Jahren driftet die Gesellschaft auseinander. Die Corona-Pandemie verstärkt diese Entwicklung noch. Wie können unterschiedliche Gruppen wieder zusammengeführt werden? Und welche Rolle sollte die SPD dabei spielen? Darüber diskutieren **Ulf Kämpfer** und **Thomas Losse-Müller**, beide Mitglied der „Denkfabrik“ der SPD Schleswig-Holstein, am 15. April ab 18.30 Uhr. Die Veranstaltung wird live im Youtube-Kanal des „vorwärts“ gestreamt. ■ KD



Pilotprojekt: Im „Berliner Ensemble“ wurde im März wieder gespielt.

EIN BÜNDNIS FÜR DIE KULTUR

Geschlossene Theater und Konzerthäuser, arbeitslose Künstlerinnen und Künstler: Die Corona-Pandemie hat den Kulturbereich tief getroffen. Mitte März hat der SPD-Parteivorstand deshalb einen umfangreichen Beschluss gefasst, mit dem die Kultur in Deutschland gestärkt werden soll. Er fordert darin u. a., Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern und das Verhältnis von Bund, Ländern und Kommunen mit einem „kooperativen Kulturföderalismus“ neu zu ordnen. „Wir bieten den Künstlern und Kreativen ein kulturelles Bündnis an, das einerseits die Kunst und die Vielfalt künstlerischen Arbeitens schützt und andererseits die Strukturen und Räume kultureller Produktion sichert und weiterentwickelt“, heißt es in dem Beschluss. ■ KD

STANDORTVORTEIL GERECHTIGKEIT

FAIRE VERTEILUNG Das SPD-Zukunftsprogramm stellt Respekt und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Richtig umgesetzt kann das Wirtschaft und Wohlstand beflügeln, erklärt Ökonom Sebastian Dullien

Von Benedikt Dittrich



Eine gute Wirtschaftspolitik muss auch für gleiche Startbedingungen des Nachwuchses sorgen, fordert Volkswirt Sebastian Dullien.

Der Wunsch nach guter Arbeit, fairen Löhnen, sozialer Gerechtigkeit – kurz: das Streiten für ein besseres Leben für alle – ist der Markenkern der SPD. Deswegen ist es auch kein Wunder, dass die Vorschläge für eine sozial gerechte, nachhaltige Wirtschaftspolitik einen großen Teil des Zukunftsprogramms einnehmen.

Dabei sind viele Vorschläge aus dem Programm aber nicht nur gesellschaftlich sinnvoll oder aus sozialdemokratischer Sicht gerecht, sondern sie dienen auch ganz konkret der Wirtschaft. Denn am Ende können sie die Wirtschaft stabilisieren, Wachstum generieren und Potenzial freisetzen. So sieht es jedenfalls Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie bei der Hans-Böckler-Stiftung.

Zentral ist für den Ökonomen dabei ein Punkt, der sich wie ein roter Faden durch das Programm zieht: der Kampf gegen die Ungleichheit, gegen ungleiche Entwicklungschancen, gegen Lebensverhältnisse, die zu stark auseinanderdriften: „Denn Ungleichheit führt dazu, dass Menschen ihr Potenzial nicht voll ausschöpfen können.“

So belastet die Angst vor einem sozialen Abstieg die Psyche, beispielsweise

bei einem drohenden Jobverlust, erklärt Dullien: „Das senkt das Wohlbefinden der Menschen, insbesondere wenn das große Konsequenzen hat.“ Und damit bedroht Ungleichheit direkt die Wirtschaftsleistung eines Staates, denn Menschen die unzufrieden sind, Angst vor der Zukunft haben, seien schlicht weniger leistungsfähig. „Das ist die kalte ökonomische Argumentation“, muss Dullien da ergänzen.

Gleiche Lebenschancen sichern

Deswegen liegt für ihn eine Schlussfolgerung auf der Hand: Die Politik sollte dafür sorgen, dass das Potenzial der Menschen bestmöglich ausgeschöpft werden kann. Ein Punkt dabei: Die Sicherung gleicher Lebenschancen und gleichwertiger Lebensverhältnisse, unabhängig von Herkunft oder Wohnort. Und da sieht Dullien in Deutschland großen Nachholbedarf.

Denn die Aspekte, die bei der Frage nach Chancengleichheit eigentlich keine Rolle spielen sollten – Familie, Geschlecht, Vermögensverhältnisse – haben aus seiner Sicht in Deutschland immer noch eine viel zu große Bedeutung. „Wer als Kind in einer schlechteren Gegend aufwächst, weil dort die

Mieten niedriger sind, geht oft auch auf Schulen, die schlechter ausgestattet sind. Außerdem kommt man mit bestimmten anderen Personen gar nicht in Kontakt, man kommt nicht auf die Idee, bestimmte Berufe zu ergreifen“, erklärt der Instituts-Direktor nur ein Detail bei dieser Bewertung. Kurzum: Selbst begabte Kinder aus schlechter gestellten Haushalten können nicht ihr volles Potenzial ausschöpfen, weil sie bestimmte Berufe nicht kennen, nicht die gleiche Förderung erhalten, wie Jugendliche aus wohlhabenderen Familien, die in wohlhabenderen Gegenden wohnen und aufwachsen.

Aus Dulliens Sicht gleicht die Entwicklung dann eher einer Zufallsauslese, die es zu bekämpfen gilt: „Es sind dann eben nicht die Besten der Besten, die bestimmte Berufe ausüben“, so Dullien und das wäre ökonomisch formuliert „einfach ineffizient“. Um das zu ändern, reiche es aber nicht aus, nur Chancengleichheit zu garantieren. „Es geht nur mit einer stärkeren, echten Gleichheit.“

Wer viel erbt, soll mehr bezahlen

Was das für ihn bedeutet, macht Dullien an einer Forderung fest, die sich ebenfalls im Zukunftsprogramm wiederfindet: Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Damit beides nicht noch weiter auseinanderdriftet, regt die SPD eine Steuerreform an. Enthalten ist darin die schon lange geforderte Besteuerung von hohem Vermögen und Erbschaften.

Gerade letzteres sieht der Ökonom positiv: „Bei Erbschaften ist es sehr eindeutig, dass es leistungsloses Einkommen ist.“ Eine Ungerechtigkeit, die eine Steuer teilweise korrigieren könne, die das Gemeinwesen finanzieren und Ungleichheiten abschwächen könne. „Das sind die starken Schultern, die viel Vermögen und viel geerbt haben und die können mehr beitragen zum Gemeinwesen. Deswegen finde ich es völlig richtig, das stärker zu besteuern.“ Für eine soziale Marktwirtschaft sei das elementar.

Für Dullien geht es bei der Betrachtung der Wirtschaftskraft letztlich auch nicht allein um die Höhe des Bruttoinlandsprodukts. Ganz im sozialdemokratischen Sinne hat das alles für ihn einen Zweck: „Wir wollen ja Wohlstand in dem Sinne, dass es uns allen besser geht.“ ■

WOHLSTAND



» Es geht nur mit einer stärkeren, echten Gleichheit. «

Sebastian Dullien,
Direktor des Instituts
für Makroökonomie

Dieses Jahr ist wieder ein Jubiläumsjahr, das mit einer Rede des Bundespräsidenten eingeläutet wurde. Anlass ist der Jahrestag eines römischen Gesetzes, das am 11. Dezember 321 nach unserer Zeitrechnung von Kaiser Konstantin unterschrieben und an die Ratsherren der damals römischen Stadt Köln gerichtet wurde. Für Historiker ist damit bewiesen, dass Juden seit 1.700 Jahren im Rheinland leben. Die politische Bedeutung liegt in ihrem Inhalt. Reiche Juden der Stadt werden den anderen Reichen insofern gleichgestellt, dass sie nun auch in den Stadtrat berufen werden konnten.

Gleichbehandlung für alle

Auf einer politischen Ebene kann mit Verweis auf dieses römische Dokument gesagt werden, dass von Anfang an, die jüdische Geschichte in Deutschland von einem Thema durchzogen wird: Werden Juden wie Gleiche behandelt, haben sie dieselben Rechte und Pflichten? Die Gleichbehandlung vor dem Gesetz, also die gleichen Rechten und Pflichten zu haben, ist der Kern der biblischen Gerechtigkeit. Und in der Moderne ist sie der Kern des demokratischen Rechtsstaats. Das Fundament hierfür ist die Gleichheit aller Menschen, im Ebenbild Gottes. Wer Menschen als Ungleiche sieht und behandelt, hat immer einen Grund, andere rechtlich und wirtschaftlich zu benachteiligen. Und Schlimmeres, wenn Hass dazu kommt. Die Auseinandersetzung um die Gleichberechtigung hat das Judentum immer wieder geprägt.

Es ist auch kein Zufall, dass das Reformjudentum seit 1846 durch Beschluss eines Rabbinerkonvents in Breslau die absolute Gleichberechtigung der Frau fordert. Aus jüdischer Sicht ist die Gerechtigkeit vor allem eine soziale Gerechtigkeit, die immer wieder entsprechend der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft neu zu verstehen und vor allem zu gestalten ist.

Prägende Denker der SPD

Und an dieser Weiterentwicklung der sozialen Gerechtigkeit nach jüdischem Verständnis waren immer wieder auch deutsche Juden beteiligt, ab 1837 auch jüdische Sozialdemokraten. In dem Jahr verfasste der junge Kölner Jude Moses Hess die erste sozialistische Schrift in Deutschland. Er entwickelte in diesem Text aus der Bibel heraus eine Entfremdungstheorie, die für die Abschaffung des Privateigentums stritt, da er sie als das größte Hindernis einer konsequenten sozialen Gerechtigkeit sah. Er setzte sich in dieser Schrift auch für die völlige Gleichberechtigung von Männern und Frauen und für die Freie Liebe ein. Die Historiker sind sich einig, dass Friedrich Engels durch die Entfremdungstheorie



Dieselben Rechte und Pflichten: Seit 1.700 Jahren sind Jüdinnen und Juden rechtlich verbrieft Teil des Lebens in Deutschland.

ES GING STETS UM GLEICHHEIT

1.700 JAHRE Mindestens seit dem Jahr 321 prägen Menschen jüdischen Glaubens die deutsche Gesellschaft – unter ihnen auch viele Sozialdemokraten

Von Abraham de Wolf

JUBILÄUM

VERANSTALTUNGEN IM FESTJAHR

1. Januar bis 31. Dezember

Das Leo Baeck Institut erschließt in seiner virtuellen Ausstellung das jüdische Leben als gemeinsam erfahrene Geschichte. leobaeck.de

6. April

Autor Jürgen Wilhelm ist der Biografie von Moses Hess auf den Grund gegangen, die er in einer Online-Lesung seines Buchs vorstellt. koelnische-gesellschaft.de

Weitere Termine: 2021jlid.de/kalender

von Hess stark beeinflusst wurde. 1861 wurde Hess Mitglied im Gründungsvorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Einer der prägenden Denker der SPD war Eduard Bernstein. Seine Familie war reformjüdisch, der Vater Eisenbahner. Es ist grundsätzlich das Reform-Denken, das ihn prägte und ihn zum Begründer einer sozialdemokratischen Reformpolitik machte. Und er wusste, dass Bildung der Schlüssel zu einer demokratischen Gesellschaft ist.

Hugo Sinzheimer, ebenfalls in einer reformjüdischen Familie geboren, wird „Vater des deutschen Arbeitsrechts“ genannt und hat als SPD-Abgeordneter 1919 in Weimar beantragt, diese Sätze in die Verfassung aufzunehmen: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.“ Damit hat er unsere Gesellschaft nachhaltig geprägt. ■

Abraham de Wolf ist Rechtsanwalt und Sprecher des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

REZENSIONEN

MUT BEWIESEN

Am Morgen des 28. April 1945 hört Hans Rummer im Radio, dass der Krieg vorbei sei. Der frühere SPD-Bürgermeister von Penzberg macht sich auf den Weg. Er verhindert die Sprengung des Bergwerkes, rettet Hunderte Zwangsarbeiter vor der Ermordung und setzt den nationalsozialistischen Bürgermeister ab. Doch der Krieg ist noch nicht vorbei. Rummers Mut wird nicht belohnt. Stattdessen wird er noch am selben Tag von Werwolf-Einheiten erschossen. Mit ihm sterben 15 weitere Einwohner der oberbayerischen Kleinstadt. Kirsten Boie erzählt die Geschichte in ihrem neuesten Roman „Dunkelnacht“. Sie ist zugleich Mahnung, Ehrung und Erinnerung. Denn diese Geschichte zu erzählen bedeutet, einen Mann zu ehren, der sich als vorbildlicher Kommunalpolitiker hervorgetan hat. Der Sozialdemokrat Hans Rummer hat Mut bewiesen und dafür mit dem Leben bezahlt, aber Penzberg viel Leid erspart. ■//



Kirsten Boie
DUNKELNACHT
Verlagsgruppe Oetinger
112 Seiten, 13 Euro
ISBN 978-3-7512-0053-0

DIE RECHTE DER FRAUEN

Christa Randzio-Plaths Buch mit dem Untertitel „Alte Gefahren, neue Herausforderungen“ kommt zur rechten Zeit. Die Corona-Pandemie zwingt vor allem Frauen mit Familie zurück in ein Leben, das sie für längst überholt gehalten haben. In der Öffentlichkeit, so beklagt die Autorin, fehlt „ein Bewusstsein für Frauenrechte“. Auch 25 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking sind 70 Prozent der in absoluter Armut Lebenden Frauen. „Die Feminisierung der Armut verletzt Menschenrechte von Frauen, weil sie ihre sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse nicht einfordern können.“ Um die globalen Probleme lösen zu können, fordert sie, die Diskriminierung von Frauen endlich zu beseitigen. ■RFH



Christa Randzio-Plath
FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE – WELTWEIT
Alte Gefahren, neue Herausforderungen
Schüren Verlag
144 Seiten, 15 Euro
ISBN 978-3-7410-0273-1

Ausführliche Rezensionen lesen Sie unter vorwaerts.de/rezensionen

Schon von Weitem ist hoch über dem gläsernen, spitz zulaufenden Gebäude die rote Fahne zu sehen. Menschen drängen sich am Eingang zur Wilhelmstraße 140, die hier mit den Fahnen der EU, Deutschlands, Berlins und der SPD geschmückt ist. Innen, im eleganten, lichtdurchfluteten Foyer des dreieckigen „Tortensteinstücks“, sind alle Plätze besetzt, ringsum stehen dicht an dicht weitere Gäste. Insgesamt sind an diesem 10. Mai 1996 mehr als 1.000 Gäste der Einladung der SPD nach Berlin-Kreuzberg gefolgt.

Pünktlich um 11 Uhr tritt die Bauherin, SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier, ans Rednerpult und eröffnet die neue 105 Millionen Mark teure Parteizentrale. Mit der Fertigstellung des Willy-Brandt-Hauses kehre die SPD mit ihrem zentralen Sitz nach Berlin zurück, wo sie diesen 1890 erstmals hatte. Unter der überlebensgroßen Statue Willy Brandts von Rainer Fetting, die das Foyer beherrscht, sagt SPD-Chef Oskar Lafontaine: „Für die SPD schließt sich nun der Kreis, in Berlin vereinen sich die Erfahrungen der Vorkriegsgeschichte, der Teilung Deutschlands und des demokratischen Neuanfangs. Wir wollen mit dem Willy-Brandt-Haus einen Beitrag leisten, die Menschen der Stadt und des ganzen Landes zusammenzubringen.“

Nah an den Zentralen der Macht

Die SPD ist die erste „Bonner“ Partei, die nach der Wiedervereinigung ihren Sitz nach Berlin verlegt – noch vor CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Die Planungen für die neue Parteizentrale beginnen bereits im Juni 1991, kurz nach der Entscheidung des Bundestags, nach Berlin umzusiedeln. 1992 erwirbt die Partei das 3.200 Quadratmeter große Grundstück Wilhelmstraße/Ecke Stresemannstraße. Es liegt mitten im pulsierenden Kreuzberg, dort wo die Menschen leben, für die die SPD Politik macht. Es ist nicht weit von der alten Parteizentrale im Vorwärts-Haus in der Lindenstraße 3 entfernt und doch nah genug an den Zentralen der Macht.

Wahrzeichen des politischen Berlins: das Willy-Brandt-Haus in Kreuzberg



MITTEN IM PULSIERENDEN LEBEN BERLINS

VOR 25 JAHREN Nach nur 30 Monaten Bauzeit eröffnet die SPD 1996 als erste »Bonner« Partei ihre neue Zentrale in der Hauptstadt. Das Willy-Brandt-Haus hat sich seitdem als ein zentraler Ort für den politischen und kulturellen Austausch etabliert

Von Thomas Horsmann



Feierstunde: Das Haus wird am 10. Mai 1996 eröffnet.



Premiere: Franz Müntefering und Inge Wettig-Danielmeier mit der Brandt-Skulptur

Nach nur 30 Monaten Bauzeit wird das 20.000 Quadratmeter große Energie-sparhaus mit höchsten ökologischen Ansprüchen im Frühjahr 1996 fertiggestellt. Der Entwurf des transparenten, sechsgeschossigen Gebäudes stammt vom Architekten Helge Bofinger, der den Wunsch der SPD nach einem offenen Haus genial erfüllt und einen bürger-nahen Versammlungs-, Diskussions- und Ausstellungsort schafft. So nutzt die Partei nur die obersten vier Stockwerke. Die restlichen Räume sind teils an externe Unternehmen, Institutionen, Läden und ein Bistro vermietet, teils stehen sie für Kunstausstellungen und Events zur Verfügung. Sie werden unter anderem vom Freundeskreis Willy-Brandt-Haus genutzt, den Inge Wettig-Danielmeier und Klaus Wettig 1996 weitsichtig initiieren. Dem Verein und seinem Team um die künstlerische Leiterin Gisela Kayser gelingt es seither, das Willy-Brandt-Haus zu einem international anerkannten Ort der Begegnung zu machen.

Bedeutende Ausstellungen

Dazu tragen im Wesentlichen die mehr als zehn Fotoausstellungen pro Jahr zu wissenschaftlichen, politischen und sozialen Themen bei, die mit herausragenden Bildern engagierter internationaler Fotografen bestückt sind. Im Zentrum stehen dabei immer die sozialen Aspekte des Themas. Die aktuelle Ausstellung „Lonka“, eine fotografische Hommage an die Holocaust-Überlebenden, ist ein gutes Beispiel dafür. Ausdrucksstark, hervorragend fotografiert und tief bewegend. Andere Themen sind Plastikmüll, Glyphosat oder DDR-Mode. Jedes Jahr werden auch die „World Press Photo Awards“ präsentiert. Der Verein betreut zudem die Kunstsammlung im Willy-Brandt-Haus, die inzwischen 2.500 Werke umfasst.

Als der Parteivorstand im Sommer 1999 gleichzeitig mit Regierung und Bundestag endgültig von Bonn nach Berlin umzieht, ist das Willy-Brandt-Haus längst fest im Kiez verwurzelt und zieht jährlich mit seinem Kulturangebot gut 60.000 Besucherinnen und Besucher aus aller Welt an. ■

FOTOS: FLORIAN MONHEIM/IMAGO IMAGES; ANDREAS ALTWEIN/DPA; MARK LEHMANN/ACTION PRESS

VORWÄRTS-IMPRESSUM

Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie gegründet 1876 von W. Hasenclever und W. Liebknecht

Herausgeber: Lars Klingbeil **Redaktionsadresse:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 610322, 10925 Berlin; Tel. 030/25594-100, Fax 030/25594-192, E-Mail: redaktion@vorwaerts.de **Chefredakteurin:** Karin Nink (V.i.S.d.P.) **Redaktion:** Kai Doering (stellv. Chefredakteur); Lars Haferkamp (Textchef); Dagmar Günther (CvD); Vera Rosigkeit, Jonas Jordan, Benedikt Dittrich; Julia Korbik (freie Mitarbeit)

Fotografie, Bildredaktion und Titelgestaltung: Dirk Bleicker **Layout:** Jana Schulze

Geschäftsführung: Karin Nink, Kerstin Thomberg **Anzeigen:** ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Thomas Mühlnickel (Geschäftsführung), Kerstin Böhm, Simone Roch, Henning Witzel; Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 44 vom 1.1.2021 **Vertrieb:** ASK, Stefanie Martin, Tel. 030/7407316-61, s.martin@ask-berlin.de

Litho: metagate Berlin GmbH **Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Abonnement: IPS Services GmbH, Postfach 1331, 53335 Meckenheim; Tel. 02225/7085-366, Fax -399; bei Bestellung Inland: Jahresabopreis 13,20 Euro; für Schüler/Studenten 10,80 Euro; alle Preise inkl. Versandkosten und 7 Prozent MwSt.; Ausland: Jahresabopreis 13,20 Euro zzgl. Versandkosten. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Für SPD-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten (bei Änderungen bitte an den SPD-UB wenden).

Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BIC BELADEV33XXX, IBAN DE67 1005 0000 0190 5279 94

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Haftung übernommen.

DAS IST WIRKLICH PEINLICH!

STARKER STAAT Was ein schwacher Staat ist, das zeigt sich gerade in der Corona-Pandemie: Es klappt einfach herzlich wenig. Zeit für den Neustart – sprich »Neu-Staat«

Von Martin Kaysh

Ein wenig zweifelte ich an meinem Gesprächspartner am Telefon. Wollte der Redakteur jetzt bei mir einen Text über den „starken Start“ bestellen? Wollte er mich verhöhnen? Der BVB war zwar am Wochenende gegen Bayern München stark gestartet, hatte dann aber doch verloren. Kennt man, aber was geht diesen brutalen Bayerndusel jetzt eine sozialdemokratische Zeitung ohne Sportteil an?

Es stellte sich heraus, es war wieder dieses Regionaldings. Wir haben es hier in der Gegend um Herne nicht so mit dem harten „r“ in den Wörtern. Arbeit wird zu Aabeit, der Markt zum Makt, klingt dann wie Magd und Magdwirtschaft, und Karl ist kahl, trotz Vokuhila. Es stellte sich heraus, es ging gar nicht um den starken Start, sondern um den starken Staat.

Reflexhaft bin ich da raus. „Starker Staat“ klingt für mich mit einer jugendlichen Vergangenheit, die mancher hat, der nicht vom Schlager kommt, erst mal

nach Stress und unangenehm und Polizeistaat. Keine Sorge, zum Glück kann ich mittlerweile Luft holen, den Punk mal Punk sein lassen und dann mit dem Denken anfangen.

Ein starker Staat kann was Feines sein. Man muss ihn ja nicht so wie NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) inszenieren. Dabei kommt nur irgendwas kirmeshaftes heraus, zwischen dem stärksten Mann der Welt aus der Boxbude und „Hau den Lukas“. Dazu stürmt Reul gerne am Wochenende mit dem SEK in die örtlichen Shisha-Bars.

In Kampfmontur wird da dann unversteuerter Tabak mit Apfelaroma gleich grammweise sichergestellt. Stark sind die Bilder – Bahnhofsviertel nachts, Blaulichtreflektionen in Regentropfen – allein für diejenigen, denen die Rosenheim-Cops im ZDF noch schlaflose Nächte bereiten.

Das kann nicht der starke Staat der Sozialdemokratie sein. Den erkennt

»
Vielleicht sollten wir in dem großen Staatsdesaster einfach rufen: Der Staat bin ich!«

Martin Kaysh

man am besten in seiner Negation, im schwachen Staat. Den besingt jetzt gerade wieder dieser Liberale, der gerne Politik im Feinripp-Unterhemd betreibt. Und viele stimmen ein. Natürlich klappt gerade vieles nicht in Corona-Zeiten. Genauer gesagt klappt gerade gefühlt herzlich wenig.

Das ist deshalb so peinlich, weil wir bislang so selbstergriffen auf die funktionierende deutsche Staatsorganisation blickten. Da hat alles seine Ordnung, von der DIN-genormten Büroklammer über den TÜV bis zum jährlichen TÜV für Büroklammern.

Vielleicht sollten wir in dem großen Staatsdesaster einfach rufen: „Der Staat bin ich!“ Wenn 80 Millionen das tun, hat es was von Solidarität, das ist dann schon wieder ursozialdemokratisch. Außerdem erinnert es an den alten Theaterspruch: „Den König spielen immer die anderen!“ Warum sollte das nicht auch für einen ganzen Staat gelten, die monarchiefreie Republik? Die wird ja erst dann was, wenn die anderen oder vielen sie wollen.

Wenn die Akutkrise vorbei ist, dann ist Zeit für den Neustart, im Ruhrpott auch ausgesprochen als „Neu-Staat“. ■



Martin Kaysh
ist Kabarettist,
Alternativkarnevalist
(„Geierabend“) und
Blogger. Er lebt im
Ruhrgebiet, freiwillig.



Heiko Sakurai
ist Karikaturist und
gebürtiger Ruhrpottler,
lebt aber in Köln, auch
freiwillig.



DEMO

KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik



Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt
anmelden!



DIE KOMMUNALE FAMILIE TRIFFT SICH! 2021 findet im September die Bundestagswahl statt. Darum wird es unseren DEMO-Kommunalkongress – wie in jedem Wahljahr – schon vor der Sommerpause geben. **Und wie schon 2020 veranstalten wir ihn vor allem digital mit hybriden Elementen. Wir bieten Euch Video-Vorträge, Livestreams, interaktiven Austausch auf Fachpodien und Webinare.** Seid dabei! Wir freuen uns auf Euch!

THEMENSCHWERPUNKTE

LEBENSWERTE INNENSTÄDTE UND ORTSKERNE

- Neue Ideen für die vitalen Zentren von morgen
- Attraktive Stadtgestaltung

DIGITALISIERUNG IN RAT UND VERWALTUNG

- Onlinezugangsgesetz und digitale Ratsarbeit
- Digitale Bildung und Gesundheitspolitik

ES ERWARTEN EUCH HOCHRANGIGE UND FACHKUNDIGE REFERENT*INNEN, U.A.



ELVAN KORKMAZ
Mitglied der SPD-
Bundestagsfraktion
und im Ausschuss
Digitale Agenda



JULIA SAMTLEBEN
Bürgermeisterin der
Gemeinde Stockelsdorf



OLAF SCHOLZ
Kanzlerkandidat der SPD
und Bundesfinanzminister



IRIS BOTHE
Oberbürgermeister-
kandidatin, Stadträtin
für Jugend, Bildung und
Integration der Stadt
Wolfsburg



MARC GROSS
Kommunale Gemein-
schaftsstelle für
Verwaltungsmanagement
(KGSt)

Trekkingsandalen: sportlich-modisch mit Profilsohle!

NORDCAP



jeansblau

anthrazit

**Für Damen
und Herren**


- Weiche und dämpfende Innensohle • Mit Kontrast-Ziernähten und modischen Extras • Obermaterial: extraleichtes Polyurethan • Innensohle: weiches Leder • Laufsohle und Futter: Synthetik

Optimal regulierbar durch drei Klettverschlüsse
Komfortabel gepolstert

 UVP*-Preis 59,95
 Personalshop-Preis 39,99

NEUKUNDEN-PREIS
€ 29.99

Sie sparen € 29,96 gegenüber dem UVP*

Trekkingsandale	
anthrazit	Art.-Nr. 62.402.255
jeansblau	Art.-Nr. 62.402.268
sand	Art.-Nr. 62.402.271

Größen	
37 38 39 40 41 42 43 44 45 46	


Das sagen Kunden:

„Herrliches Tragegefühl!“

Ich bin begeistert von der Herstellerqualität. Sie sind sehr robust, trotzdem biegsam und leicht.

Mehr Bewertungen online

Decksohle aus Leder

sand

BESTELLSCHEIN D30533 mit 30 Tage Rückgaberecht
Bestellen leicht gemacht!
 bestellen@personalshop.com

 0 69 / 92 10 110
 FAX 069 / 92 10 11 800

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN-PREIS
	62.402.255		Nordcap Trekkingsandale, anthrazit	€ 29,99
	62.402.268		Nordcap Trekkingsandale, jeansblau	€ 29,99
	62.402.271		Nordcap Trekkingsandale, sand	€ 29,99

 Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname:

Straße / Nr.:

PLZ / Ort:

Geb. Datum:

E-Mail:

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

**25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf
www.personalshop.com**


SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **D30533** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schicken Sie Ihre Bestellung ab!

25%
**Neukunden-Rabatt
auf ALLE Artikel!**

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 069 / 92 10 110, Fax: 069 / 92 10 11 800, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

**Gleich einsenden an:
Personalshop
Bahnhofstraße 500
82467 Garmisch-P.**
5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

 * Stappreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.
 ** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com